

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Privatisierung städtischen Wohnungsbaus: Ratsmehrheit unterdrückt Volksbegehren



Politische Berichte – Zeitschrift für Sozialistische Politik
Ausgabe Nr. 1-2 am 18. Januar 2002, Jahrgang 23, Preis 1,30

1-2
2002

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: ph@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 . Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 , Sozialabo: 33,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

PFLEGEHILFEN AUS OSTEUROPA.

Das Bundeskabinett hat am 19. Dezember beschlossen, dass als Ausnahme vom Anwerbestopp Haushaltshilfen aus Osteuropa (EU-Beitrittsländern Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) für bis zu drei Jahre in Haushalten mit Pflegebedürftigen eingesetzt werden können. Ausbeutungsfreigabe? Der Fall ist etwas komplizierter. Tatsächlich gibt es bereits eine ganze Reihe „illegaler“ Haushaltshilfen, die auf Touristenvisum eingereist sind und für Pflegebedürftigen tätig sind. Ursache dafür sind aber nicht raffgierige Angehörige, die Lohnkosten sparen wollen, sondern unzureichende Regelungen in der Pflegeversicherung, z.B. keine Übernahme der Kosten für Betreuung durch Hilfskräfte, weshalb sich kaum Personal dafür auf dem inländischen Arbeitsmarkt finden lässt. Der Paritätische Gesamtverband hat zwar die Legalisierung der auf Touristenvisum eingereisten Kräfte begrüßt, aber zugleich deutliche Forderung zur Verbesserung der Pflegeversicherung erhoben. Er fordert: „Mit einer Legalisierung dieser Pflege-Arbeitsverhältnisse muss die Definition von Mindeststandards oder die Einrichtung von Kontrollinstanzen verknüpft werden, um Ausbeutung und Missbrauch zu verhindern. Der systematische Einsatz von Betreuungs-Touristinnen birgt die Gefahr, dass ein ganzes Feld sozialer Arbeit auf einem Entgeltniveau stattfindet, das den Einsatz von Arbeitskräften aus Niedriglohnländern zwingend zur Voraussetzung macht. Es wird ein Lohnniveau etabliert, dass von vorneherein voraussetzt, dass der Arbeitnehmer von diesem Entgelt nicht dauerhaft seinen Lebensunterhalt in Deutschland bestreiten muss. Einer solchen Entwicklung wäre aus allgemein arbeitsmarktpolitischen, aber auch aus humanitären Gründen in jedem Falle frühzeitig Einhalt zu gebieten. Mindestlohnregelungen sind zum Schutz der Arbeitskräfte und zum Schutz vor generellen Verwerfungen in diesem Arbeitsmarktsektor unverzichtbar, soll der Anwerbestopp, wie in der Verordnung vorgesehen, aufgehoben werden. Die Leistungen der Pflegeversicherung sind in der Höhe so auszugestalten, dass die angesprochene Betreuungsleistung auch bei einem vorgegebenen Mindestlohniveau finanziert werden kann. Der Paritätische Gesamtverband plädiert zudem dafür, nicht nur die Situation von Familien mit pflegenden Angehörigen, sondern auch den in Pflegeeinrichtungen drohenden Personalnotstand in den Blick zu nehmen. Vor diesem Hintergrund wird die Erleichterung der Arbeitsaufnahme ausländischer Pflegefachkräfte uneingeschränkt befürwortet.“

ABSCHEIBEMASCHINE: Von Januar bis November 2001 sind 23.495 Personen auf dem Luftweg abgeschoben worden, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (14/7951) auf eine Kleine Anfrage

der PDS-Fraktion (14/7769). Die höchste Zahl von Abschiebungen wird für die Türkei mit 3.647 Personen angegeben, gefolgt von der Bundesrepublik Jugoslawien mit 2.902, der Ukraine mit 1.982, Rumänien mit 1.574 und Bulgarien mit 1.141 abgeschobenen Personen. Laut Antwort wurden in zwei Fällen auch Personengruppen von den staatlichen Sicherheitskräften des Landes, aus dem sie geflohen waren, zurückbegleitet. Dabei habe es sich um 299 algerische Staatsangehörige und 175 jugoslawische Staatsangehörige gehandelt. Zur Frage nach der Zahl der Fälle, in denen Widerstand gegen die Abschiebung geleistet worden sei, heißt es, dies werde statistisch nicht erfasst. Dagegen wurde laut Antwort in 416 Fällen eine Rückführung auf Grund des Widerstandes des Betroffenen abgebrochen. (heute im bundestag)

AUSLIEFERUNG? Zu Forderungen der türkischen Regierung, 150 und mehr hier lebende Personen vor allem aus der kurdischen Opposition an die Türkei auszuliefern, erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Ulla Jelpke:

Der türkische Innenminister Yücelen soll bei seinem kürzlichen Besuch in Berlin Bundesinnenminister Schily eine Liste von etwa 150 Personen übergeben haben, die an die Türkei ausgeliefert werden sollen. Nach Presseberichten soll es sich dabei neben wenigen sogenannten „islamischen Extremisten“ vorwiegend um Personen handeln, die wegen Tätigkeiten für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gesucht werden. Innenminister Schily soll die Liste an das Justizministerium weitergereicht haben, sich sehr wohlwollend über die Zusammenarbeit geäußert und einen baldigen Gegenbesuch in Ankara versprochen haben. Die türkische Regierung hält offenbar die Situation für günstig, um unter der Parole der „Terrorismusbekämpfung“ die Kurdenverfolgung auch in Europa wieder auszuweiten. Die Zusammenarbeit türkischer Militärs und Geheimdienste mit den Sicherheitsapparaten in Deutschland soll normalisiert werden auf Kosten der Menschenrechte.

„WIR WOLLEN ALLES WISSEN“ Der Bundesrat hat am 20.12. der Änderung der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung zugestimmt. Seit dem 1. Januar 2002 können die Sozialhilfeträger die Daten der Sozialhilfeempfänger zusätzlich beim Bundesamt für Finanzen überprüfen lassen, um festzustellen, ob Sozialhilfeempfänger Freistellungsaufträge über nicht angegebenes Vermögen erteilt haben. Vorhandenes und verwertbares Einkommen und Vermögen muss grundsätzlich vor dem Bezug von Sozialhilfe eingesetzt werden. Gleiches gilt für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das Ministerium (BMA) vermerkt außerdem, dass es die Kosten für den automatischen Datenabgleich kostendeckend neu festgesetzt hat.

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

In Berlin wird am 17. Januar ein rot-roter Senat gewählt

Haushaltssanierung – und was sonst noch?

Nachdem zwei Landesparteitage von SPD und PDS Ende letzter Woche die von Verhandlungskommissionen beider Parteien ausgehandelte Koalitionsvereinbarung und das damit verbundene Personalpaket mit je etwa 80% Ja-Stimmen gebilligt haben, scheint der formellen Wahl eines rot-roten Senats aus SPD und PDS in Berlin am 17.1. nichts mehr im Wege zu stehen.

Die SPD stellt den Regierenden Bürgermeister und die Senatoren für Finanzen, Inneres, Justiz, Stadtentwicklung/Umweltschutz und Schulen/Kitas. Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen wird Gregor Gysi, der den bisherigen Geschäftsführer der IHK Berlin bereits als Staatssekretär gewonnen hat. Eine Staatssekretärin für Frauenpolitik soll folgen. Senator für Wissenschaft und Kultur – inkl. Kirchen – wird Thomas Flierl, der Erfahrung als Baustadtrat und Kulturpolitiker mitbringt. Senatorin für Sozial- und Gesundheitspolitik (inkl. Drogenpolitik) soll Heidi Knaake-Werner werden, derzeit parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Bundestagsfraktion.

Nachdem die PDS bei den Verhandlungen über die Sachthemen jeden öffentlich erkennbaren Streit vermieden hatte, rächte sich dieses konfliktscheue Agieren prompt beim Streit um die Aufteilung der Senatorenposten. Die SPD setzte auch hier ihre Forderung (5 Senatoren plus der Regierende Bürgermeister von der SPD, 3 Senatoren von der PDS) durch. Macht zusammen eine Zweidrittelmehrheit für die SPD im Senat. Zur Erinnerung: Bei den Wahlen hatte die SPD 29,7 Prozent der Stimmen, die PDS 22,6 Prozent erhalten.

Auch in den Inhalten der Koalitionsvereinbarung hat die SPD ihre Vorstellungen in vielen Fragen durchgesetzt. Nach dem überraschenden Ende der Ampelgespräche (SPD-FDP-Grüne) hatten viele lange gehofft, die PDS werde nun bessere Ergebnisse aushandeln. Jetzt liegen die Ergebnisse vor. Die Enttäuschung und Sorge über das, was kommen wird, ist groß – unter Mitgliedern und im Umfeld der PDS, aber auch bei vielen anderen.

Einseitiges zur Geschichte und zur NATO in der Präambel

Auf erhebliche Kritik in der PDS und ihrem engeren Umfeld stoßen schon die Passagen in der Präambel zur Vereinigung von KPD und SPD, zum Mauerbau und zum Kalten Krieg, in denen die Verfolgung von Sozialdemokraten in der DDR und durch die SED sowie der Mauerbau und die Schüsse an der Berliner Mauer verurteilt werden, ohne dass gleichzeitig Kritik am Kalten Krieg durch den Westen, an KPD-Verbot und Berufsverboten dort geübt wird. Das empfinden viele als einseitig, verzerrt und kriecherisch gegenüber der SPD.

Noch ärgerlicher sind die außenpolitischen Passagen. „Berlin repräsentiert eine der führenden Industrienationen der Welt, die in die westliche Wertegemeinschaft eingebunden ist, die der Organisation der Vereinten Nationen und dem Nordatlantischen Bündnis angehört ...“, heißt es da. Dass das nicht nur eine Zustandsbeschreibung ist, machte die SPD sofort deutlich. Das sei ein Bekenntnis der PDS zur NATO-Mitgliedschaft, erklärte sie. Auf PDS-Seite wird das zwar bestritten, aber was sonst soll eine solche Aussage, zumal, wenn gleichzeitig vom Wunsch nach einer Außenpolitik des Friedens und der guten Nachbarschaft nach Osten nichts zu lesen ist?

Rotstift gegen Beschäftigte und Bezirke, Unternehmen werden hofiert

In den Sachaussagen zur künftigen Landespolitik fallen die ersten Urteile dagegen unterschiedlich aus.

In der Wirtschaftspolitik findet sich viel Problematisches und Kritikwürdiges neben wenig Gutem. Zuerst das Gute: Die „Sicherstellung einer kleinteiligen und Fachlosvergabe bei öffentlichen Aufträgen, die termingerechte Begleichung von fälligen Rechnungen“ und die Einführung eines „Kleinstkredit-Programms für Berlin“ sind sicher im Interesse von Handwerk und kleinem Gewerbe. Auch die Förderung von Stadtteil- und Produktivgenossenschaften und ein ökologischer Landbau auf den 22.000 Hektar landeseigenen Grünflächen sind sicher vernünftige Festlegungen. Aber die übrigen Ausführungen zur künftigen Wirtschaftspolitik stammen eher aus dem Handbuch des Neoliberalismus. Wachstumskräfte stärken, Unternehmen anlocken, Förderung von Spitzentechnologien, Berlin als „Stadt des Wissens“ und ähnliche Passagen lassen befürchten, dass die Wirtschaftspolitik von Gysi – zumal mit einem IHK-Mann als Staatssekretär – sich nicht viel von der sattsam bekannten sozialdemokratischen Standortkonkurrenz unterscheiden wird. Auf dem Landesparteitag der PDS bekamen die Delegierten von Gysi schon zu hören, dass die PDS-Forderung nach „Gerechtigkeit“ zuerst einmal „Arbeit“ bedeute und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem eine sozialpolitische Tat sei. Irgendwie ist die Melodie bekannt.

In der Wirtschaftspolitik liegen möglicherweise auch schon die größten Risiken für die PDS: Wenn es nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit in Berlin nachhaltig zu verringern, dann scheitert auch alles andere, dann ist der rot-rote Senat bald am Ende. Ob das aber gelingt, ist völlig offen. Viele hoffen auf eine Besserung der Arbeitsmarktsituation durch Firmenansiedlungen im Zuge der EU-Osterweiterung. Das

ist aber eine recht unsichere Spekulation.

Richtig ruppig wird's dafür im Bereich Finanzpolitik und Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Hier müssen PDS und SPD nun ausbaden, was CDU und SPD angerichtet haben. Schuldenabbau ist oberstes Gebot. Diese Forderung durchzieht die Koalitionsvereinbarung von vorne bis hinten.

Für 3 Mrd. Euro sollen Landesbeteiligungen verkauft werden – vornehmlich Berliner Bankgesellschaft, aber auch andere. Weitere Kindertagesstätten sollen privatisiert werden, als Ziel wird genannt: 90.000 Kinder in privaten Kitas, 45.000 in öffentlichen. „Aus Gründen der Vermögensaktivierung ist die Veräußerung einer Wohnungsbaugesellschaft oder von Wohnungsbeständen unumgänglich“, heißt es an anderer Stelle.

Gleichzeitig wird in den Etats der Bezirke massiv gekürzt, Schwimmhallen werden geschlossen, die Wasserprixe und vermutlich viele anderen Gebühren deutlich steigen. All das trifft vor allem sozial Schwache.

Um bis 2009 die Neuverschuldung auf Null zu reduzieren, sei zudem eine absolute Reduzierung der Personalausgaben unverzichtbar. Freiwerdende Stellen werden bis auf wenige Ausnahmen (im Schulbereich, dort sollen außerdem 30 Ganztagsschulen errichtet werden) nicht mehr besetzt, mit den Gewerkschaften soll über einen freiwilligen Verzicht auf Tariflohnbestandteile verhandelt werden. PDS-Senator Flierl spricht schon vor seiner Amtseinführung offen davon, im Wissenschafts- und Kulturbereich könnten die „Tarifaufwüchse“ (gemeint ist der Nominallohnanstieg) nicht mehr so weitergehen wie bisher.

Obwohl in Gewerkschaftskreisen nach dem Scheitern der Ampelkoalition erst einmal verbreitete Zustimmung zum Projekt Rot-Rot herrschte, könnte hier ein erster großer Konflikt zwischen dem rot-roten Senat und den Beschäftigten und der Gewerkschaft Ver.di heraufziehen.

Einen Vorgeschmack darauf hat schon jetzt die – von der SPD betriebene, von der PDS hingenommene – angekündigte Schließung des Universitätsklinikums Benjamin Franklin (UKBF) ausgelöst. Zur Begründung heißt es, Berlin könne keine zwei Spitzenkliniken finanzieren. Die Ostberliner Charité (gehört zur Humboldt-Universität, das UKBF zur FU Berlin) müsse genügen.

Tausende Beschäftigte protestierten deshalb vor den Landesparteitagen beider Parteien (Bild S.4). Während die SPD ihren Tagungsort vertrat, durften auf dem PDS-Landesparteitag Vertreter des UKBF ihren Protest vortragen – und erhielten die Zusage, die PDS werde mit ihnen weiter nach Lösungen suchen.

Trotzdem: Die Bereitschaft zu einem „Notopfer Berlin“ unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist gering. Im Unterschied zur Ampel, die solch ein Notopfer mit der Drohung von Entlassungen diktieren wollte, will der rot-rote Senat jetzt erst einmal mit den Gewerkschaften reden. Faktisch aber läuft der Plan von SPD und PDS darauf hinaus, die Tarife im öffentlichen Dienst in Berlin zu senken oder direkt zu unterlaufen. Das kann Ver.di bei aller Bereitschaft zum Dialog nicht mitmachen. Wenn diese Gespräche aber scheitern, dann hängt ein großer Teil



des Sanierungsplans von SPD und PDS in der Luft.

Was dann? Die Drohung von SPD und PDS, bei Ausbleiben weiterer Bundeszuschüsse notfalls beim Bundesverfassungsgericht auf Feststellung einer Haushaltssnotlage zu klagen, ist nicht sehr glaubwürdig. Welches Land will schon unter finanzielle Zwangsverwaltung?

In Erwartung der kommenden Konflikte haben einige in der PDS schon ein neues Modewort geschaffen. Überall hört man jetzt vom „Kommunizieren“. Gregor Gysi meint, nur die PDS könne die Haushaltssituation den OstberlinerInnen kommunizieren, Senator Flierl will die Knappheit seines Kultur- und Wissenschaftsetats den Beschäftigten kommunizieren. Mal abgesehen davon, dass schon der Begriff einen Vorgang beschreibt, der auch sehr einseitig und autoritär ablaufen kann – die einen reden und die anderen haben zuzuhören –, in Wirklichkeit stehen der PDS nicht Kommunikationsprobleme, sondern handfeste Interessenkonflikte ins Haus. Wie dann entschieden wird, ist noch sehr offen.

Zumal das Bild, das die Medien auch überregional von den Berliner Verhandlungen verbreiteten, leider zutreffend war: Die drei Verhandlungsführer der PDS, Gregor Gysi, Harald Wolf und Stefan Liebich, waren und sind auch ein Abbild innerparteilicher Hierarchien. Zuerst kommt die Regierung, dann die Fraktion, und ganz am Ende als schwächster Part der Landesverband der PDS. Diese Hierarchie lässt für die Zukunft befürchten, dass auch dann in Konflikten der Senat entscheidet, die Fraktion gehorcht und die Partei – ja, was eigentlich macht? Wenn die Landespartei in Zukunft keine eigenständigen Positionen vertritt, fällt sie auch als

Ansprechpartner für außerparlamentarische Bewegungen weitgehend weg.

Kennzeichen für Polizeibeamte, aber auch weitere Verfolgung der KPF

Stolz auf das Erreichte sind vergleichsweise noch die PDS-InnenpolitikerInnen. Die Berliner Polizei wird um fast 1.000 Stellen abgebaut, der noch aus Frontstadtzeiten bestehende Freiwillige Polizeidienst und die Reiterstaffel werden aufgelöst. Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen wird abgelehnt, ebenso jede Einschränkung des Versammlungsrechts. Polizeibeamte erhalten eine deutlich lesbare Kennziffer auf der Uniform, was Beschwerden gegen Beamte erleichtern soll und eine seit vielen Jahren von BürgerrechtlerInnen erhobene Forderung erstmals einlöst. Das Landeskriminalamt muss Kompetenzen abgeben, in der Drogenpolitik sollen Schritte zur Entkriminalisie-

rung des Cannabis-Konsums „geprüft“ werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz wird umgebaut, was das aber praktisch bedeutet, z.B. beim Einsatz von Spitzeln, ist offen. Der SPD-Innenminister jedenfalls erklärt, die Kommunistische Plattform der PDS werde weiter observiert. Und da Schily auf Bundesebene in der SPD und beim Verfassungsschutz auch ein Wörtchen mitredet, ist die Gefahr groß, dass die Hoffnung, die Observierung der KPF werde sich bald erledigt haben, sich als Irrtum erweist.

Direkt ärgerlich ist auch: Die Verhängung von Ausreiseverboten gegen KritikerInnen der Globalisierung wird im Koalitionsvertrag nicht einmal kritisiert, geschiehe denn abgestellt.

Migrations- und Flüchtlingspolitik: viel schöne Worte, wenig harte Taten

Viel schöne Worte, aber wenig harte Festlegungen, im Ergebnis also offen – so ungefähr ist auch der erste Eindruck beim Studium der Vereinbarungen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik. „Berlin ist und bleibt eine Stadt für EinwandererInnen und Einwanderer“ heißt es in der Präambel. Die Förderung von Migrantinnen und Migranten soll verbessert werden, die „interkulturelle Ausbildung“ der Beschäftigten in Verwaltungen, Schulen und Kitas ebenso. Im Bundesrat wird Berlin den seit 1999 vorliegenden Antrag von Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Schleswig-Holstein für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer unterstützen. Die Wohnheime für Asylbewerber werden aufgelöst.

Auf der anderen Seite: Keine Bundesratsinitiativen gegen die „Residenzpflicht“ für Flüchtlinge, gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, keine Ein-

schränkung der Sprachtests und der Verfassungsschutzschnüffelei bei der Einbürgerung, keine Erleichterung der Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge. Selbst die Inhaftierung von Flüchtlingskindern vor der Abschiebung – ein Verstoß gegen die UN-Kinderkonvention – soll nicht grundsätzlich unterbleiben, sondern nur eingeschränkt werden. Alles das hätte finanziell nichts gekostet, wäre aber ein politisches Signal gewesen. Dieses Signal sucht man jetzt vergebens.

Da in Berlin mehr MigrantInnen im Parlament und den Bezirksvertretungen sitzen als vergleichsweise in jedem anderen Bundesland, mag die Bilanz von Rot-Rot schon bald besser aussehen, als sich die Vereinbarung jetzt liest. Aber das ist nicht gewiss. Sicher ist dagegen, dass der Berliner Koalition schon bald eine migrationspolitische Nagelprobe ins Haus stehen kann. Dann nämlich, wenn es um das Votum Berlins im Bundesrat über Schilys Zuwanderungsgesetz geht.

Tarife runter im Nahverkehr, aber Flughafenausbau

Vergleichsweise stolz dürften auch die VerkehrspolitikerInnen der PDS sein, jedenfalls beim Thema öffentlicher Nahverkehr. Die Tarife sollen dauerhaft reduziert werden. Ob die Berliner Verkehrsbetriebe sich dieser Vorgabe fügen und wie die Tarifsenkung finanziert wird, ist noch offen und wird spannend. Streit gibt es dafür beim Thema Flughafen. Die Schließung der Flughäfen Tegel und Tempelhof ist sicher, ebenso aber auch der Ausbau von Schönefeld. „Die Koalitionspartner bekennen sich zur zügigen Realisierung eines internationalen Verkehrsflughafens Berlin-Brandenburg“, heißt es in Punkt 3 der Koalitionsvereinbarung, gleich nach dem Abschnitt zur Länderfusion mit Brandenburg, die für 2009 vereinbart ist.

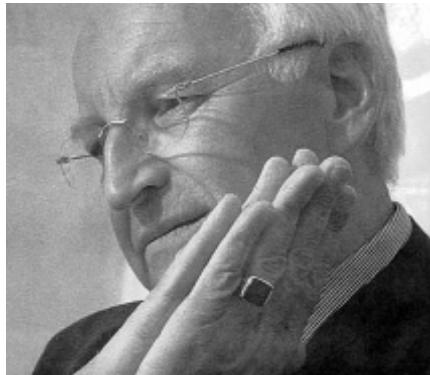
Etwa 90.000 Einwendungen gegen diesen Ausbau von Schönefeld werden der SPD und PDS zu schaffen machen. Einer der Sprecher dieses Bündnisses (CDU-Parteimitglied), durfte auf dem PDS-Parteitag den Protest gegen diese Vereinbarung schon vortragen, Ende Januar will Gysi mit den Initiativen sprechen. PDS-Linie ist derzeit, die gleichzeitige Vereinbarung, sich um den „bestmöglichen Schutz der Anwohner vor Lärm, anderen Umwelteinflüssen und Katastrophen“ bemühen, böte genügend Handhabe, um Interessen der Anwohner weiter zu unterstützen. Ob das reicht, wird sich zeigen.

Im Konflikt um dem Flughafenausbau deutet sich schon an, was der SPD-PDS-Koalition grundsätzlich ins Haus stehen könnte: Populismus von rechts an Stelle der bisherigen Opposition von links. Noch ist die CDU am Boden, und von der FDP hört man auch nicht viel. Aber das muss nicht so bleiben. Welche parteipolitischen Verschiebungen der Wegfall der PDS als linke parlamentarische Opposition nach sich zieht, ist selbst bei vehementen Befürwortern der SPD-PDS-Koalition eine offene Frage.

Kandidat Stoiber beim Überschreiten der Main-Linie

Bis in den späten Abend hinein hatte das Präsidium der CDU über eine von ihm in Auftrag gegebene Meinungsumfrage beraten. Dann fuhr Angela gleich morgens zum Frühstück zu Edmund Stoiber nach Wolfratshausen. Sie hat dort wohl versucht, Stoiber einen Weg zu den Menschen im hohen Norden der Republik zu weisen. In den Tagen danach mühte sich der gewöhnlich streitsüchtig erregt giftelnde bayerische Ministerpräsident um hanseatisch gelassen distanziertes Gehabe. Echt wie ein 7-Euro-Schein, aber wegen schauspielerischer Fähigkeiten hat man ihn auch nicht vorgezogen.

Stoiber kommt in den Umfragen besser, weil in einer breiten öffentlichen Meinung die verglichen zum Bund besseren Wirtschaftsdaten zunächst der Politik der CSU zugerechnet werden und sodann angenommen wird, diese Politik sei auf



Bundesgebiet übertragbar. Beide Annahmen sind eher falsch als zutreffend.

Die wirtschaftliche Entwicklung Nachkriegsbayerns vom Agrarland zum Industrieland beruhte auch auf aufwändiger Förderung durch den Bund. Noch heute zeugen davon die großen Niederlassungen der auf staatlichen Aufträgen und Subventionen basierten Rüstungs- sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie, dazu kommen Transfers in Sachen Landwirtschaft. Das Herausleihen dieses Geldes aus dem Bund und der – zugegebenermaßen geschickte – Mitteleinsatz machte die CSU zu einer angesehenen Partei in Bayern, ihr Ruf draußen im Lande war weniger gut, vor allem nicht bei den Nordrhein-Westfalen, die jahrzehntelang für den Spaß aufkamen. Als es dann so weit war, dass der Freistaat in den Länderfinanzausgleich hätte einzahlen müssen, klagte man gegen den Verteilungsschlüssel, ein Verhalten, das diese Art von Politik bei den Fachleuten nicht gerade populär gemacht hat. Ganz sicher bieten solche Erfahrungen keinen Ansatz zur Lösung wirtschaftlicher Entwicklungssprobleme im Bund. Einen solchen Zahlonkel, wie ihn Bayern

in NRW fand, wird der Bund nirgendwo auf der Welt finden. Insoweit beruht die Popularität Stoibers also auf einer falschen Annahme. Bayerische Politikkonzepte basieren gewohnheitsmäßig auf Zusatzmitteln von außen. Seit sie nicht mehr so dick kommen, kommt auch diese Politik nicht. So steht die bayerische Staatsregierung der perspektivlosen Entwicklung Nordbayerns, dem Niedergang seiner klassischen Industrien, hilflos gegenüber. Es ist denkbar, dass Stoiber, gefangen im Prunk der gigantischen bayerischen Staatskanzlei, umgeben von Schmeichlern, die Grenzen seiner konzeptionellen Vorstellungen noch gar nicht wahrgekommen hat. Die SPD wird ihm im kommenden Wahlkampf einiges vorrechnen.

Allerdings ist die vage Hoffnung auf wirtschaftliche Kompetenz nur eine Komponente von Stoibers Popularität. Er schart seine Anhängerschaft – in Bayern wie im Bund – als Law-and-Order-Mann um sich. In Bayern schätzt ihn die feine Gesellschaft, weil er die Korruption bekämpft hat, die anfing, sich von einer Randerscheinung zum Systemmerkmal auszuprägen („Amigosystem“). Unvergessen bleibt, wie der damalige bayerische Ministerpräsident Streibl dem Parteitag eine Rede über den Wert der Freundschaft hielt. Er schloss mit dem Ruf: „Saludos amigos“. Der Parteitag johlte. Stoiber sah seine Chance und bot sich an, die Auswüchse zurückzuschneiden. Er führte eine Kampagne gegen Streibl, die diesen das Amt, den Ruf und die Gesundheit kostete. Seitdem umgibt ihn die Aura des Unerbittlichen, Unbestechlichen, zur Macht Qualifizierten.

Der Gestus eines Amtsträgers, der sich Recht und Gesetz verpflichtet weiß, wird immer wieder durch Ausfälle gebrochen, die Schlagzeilen machen. Die Ausländerfeindlichkeit der um Stoiber und Innenminister Beckstein gruppierten Staatsregierung sitzt tief. Stoibers Angst vor einer „durchmischten, durchrassten Gesellschaft“ und Becksteins Ruf, man wolle „Ausländer, die uns nützen“, statt solchen, „die uns ausnützen“, sind nicht Ausrüster, sondern bewusst gesetzte Zeichen, hinter denen ausgefeilte Propagandakampagnen und Verwaltungskonzepte stehen. Anders als auf dem Sektor Wirtschaft würde in diesem Bereich eine Administration Stoiber mehr, viel mehr halten, als sie heute öffentlich zu versprechen wagt. Und wahrscheinlich ist hier auch eine gesamtdeutsche Man-nutzt-uns-aus-Kampagne möglich, die zugleich mit der Ausländerfeindlichkeit auch eine Feindlichkeit gegen das Ausland legitimieren könnte. Denn dies ist dann die dritte Komponente der Stoiberschen Politik, es ist viel zu wenig bekannt, dass die CSU, gestützt auf die bayerische Staatsregierung eigene außenpolitische Vorstellungen und Traditionen entwickelt. Eine Administration Stoiber würde das Land in eine offen am Deutschtum und seinen Siedlungsansprüchen orientierte Osteuropapolitik hineinziehen.

Was man Stoiber wirtschaftspolitisch anholt, kann er nicht bringen, was man innenpolitisch befürchtet, wird er übertreffen, was er außenpolitisch plant, scheut das Licht der Öffentlichkeit. Er kann trotzdem gewinnen. Es kann aber auch geschehen, dass Stoibers Politikansatz im Bundestagswahlkampf kritisch aufgearbeitet wird. *maf*

Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema

Die Gewerkschaft ver.di hat eine Kampagne zur Gesundheitspolitik gestartet – eine gewiss notwendige Aktion im Vorfeld der Bundestagswahlen. Niemand bestreitet, dass Umgestaltungen nötig sind, die Gefahr aber droht, dass eine große Koalition von Sparpolitikern aus der Regierungskoalition und der Unions/FDP-Opposition gemeinsam mit den wirtschaftlich starken Beteiligten des Gesundheitssektors die Interessen von vielen Beschäftigten und von vielen auf die Leistung des Systems Angewiesenen unterbuttert.

Zu Recht weist ver.di in einem Positionspapier darauf hin, dass der Gesundheitssektor nicht mit dem industriellen Sektor gleichzusetzen ist, sondern eher dem kommunalen Wirtschaften vergleichbar ist und daher Marktgesetze nur bedingt gelten:

„Gesundheitspolitik ist Daseinsvorsorge. Ihr Ziel: eine gute Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger. Weder geht es darum, Aktionäre zufrieden zu stellen, noch darum, die wirtschaftliche Existenz von Gesundheitseinrichtungen trotz fehlender Bedarfsnotwendigkeit zu finanzieren.“

Dieser Ansatz ist interessant, weil er könnte eine Analyse ermöglichen, die von den üblichen Schemata in der Diskussion fortkommt (Anbieter kontra Beschäftigte kontra Patienten kontra Versicherte/Arbeitgeber/Staat als Beitragszahler). Begreift man den Gesundheitsbereich als eine besondere Art des Wirtschaftens, dann ergeben sich andere Problemfelder, die Ähnlichkeit mit den Problemen der Kommunalwirtschaft haben, die zwar auch nicht leicht zu lösen sind, aber wo es Ansätze gibt.

Die Fragen sind dann: Wie kann derjenige, der auf die Leistungen des Systems angewiesen ist, auf die Art der Leistungserbringung Einfluss nehmen, damit er nicht Objekt einer Bürokratie oder eines „Halbgottes in Weiß“ ist? Wie erfolgt die Finanzierung in einer richtigen Mischung von sozial (damit niemand auf nötige Leistungen verzichten muss) und Eigenanteil (damit nicht Dinge angeboten werden, die so niemand will)? Wie wird die Wirtschaftlichkeit des Systems gesteuert? Wie kommen die Preise für Produkte und Leistungen zustande, die von außen zuge-

kauf werden, bei der Gesundheit sind das die Arzneimittelpreise und die medizinischen Geräte, denn hier drohen, wie immer, wenn einige wenige Anbieter mit einigen wenigen Abnehmern zu tun haben, Korruption und Monopolismus.

Leider wird dieser Ansatz aber in dem Positionspapier von ver.di nicht durchgehalten. ver.di steigt ein mit der Behauptung einer „Anbieterdominanz“, und damit wird die Frontstellung gegen „die Ärzte“ und „die Pharmaindustrie“ in altbekannter Manier aufgebaut. Dann wird daraus flugs eine Polemik gegen die „doppelte Facharztstruktur“ angehängt, wo das Organisationsinteresse (Klinikärzte können Gewerkschaftsmitglied sein, niedergelassene Ärzte nicht) so krass durchschimmert, dass man fast kein Interesse mehr hat weiterzulesen.

Zur Finanzierung fällt ver.di leider auch nicht mehr ein, als eine Ausdehnung des Versichertenkreises; die Pflichtgrenze soll angehoben werden und die Beamten sollen Mitglied werden. Das mag zwar nicht verkehrt sein, löst aber die Probleme nicht: jede Ausdehnung des Versichertenkreises bringt auch eine Ausdehnung des Kreises der Leistungsempfänger mit sich, also nicht nur höhere Einnahmen, sondern auch höhere Ausgaben; meist ein Nullsummenspiel.

Allerdings gibt es dann doch noch einen Teil, der hoffen lässt, dass die Kampagne nicht einfach unter „das übliche Berufsständische“ abgelegt werden muss. ver.di betont, wie wichtig die Einflussnahme von Patienten auf die Art und Qualität der medizinischen Leistungen ist:

„Patientenrechte müssen gestärkt werden. Die Patientinnen und Patienten sind nicht Gegenstand des Gesundungsprozesses, sondern Beteiligte. Grundlage für diese Beteiligung sind Transparenz und der Zugang zu sachgerechter Information. Sie sind für Patientinnen und Patienten ein wichtiges Element in der eigenen Entscheidungsfindung und bei der Wahl des Versorgungsangebots. Gesundheitseinrichtungen, Kostenträger und Behörden müssen für Patientinnen und Patienten nachvollziehbare Informationen über ihre jeweiligen Angebote und Regelungen zur Verfügung stellen. Beispiel können die bei Produkten und Dienstleistungen bereits bewährten Informationen durch unabhängige Verbraucherschutzverbände sein. Information und Transparenz stellen für ver.di die Grundlage dar, dass Behandlungen im Konsens zwischen Therapeuten und Patientinnen und Patienten festgelegt werden.“

Mit dieser Position ist auf jeden Fall eine ausbaufähige Frontstellung gegen die „marktwirtschaftliche“ Ausrichtung der Gesundheitspolitik (der Patient als Kunde), wie sie Union und FDP betreiben, möglich. Und das andere wird sich ja vielleicht bei den Diskussionen, die jetzt Verdi allenthalben örtlich und regional startet, etwas korrigieren lassen. *alk*

Quelle: <http://www.verdi.de/downloadpool/gesundheitsreform/Gesundheitspapier.pdf>



Krieg gegen wen? Gegen die Taliban und Bin Laden, so lautet die von den westlichen Regierungen und den Medien verbreitete Nachricht. Seit dem 7. Oktober 2001 kämpfen etwa 80.000 US-Soldaten und englische Verbündete, ausgerüstet mit modernsten Waffen und ca. 350 Kampfflugzeugen, gegen etwa 400.000 Taliban-Kämpfer und 25 Kampfflugzeuge.

Ausgangspunkt

In einer Untersuchung des „Zentrums für postsowjetische Studien“ („Focus“, USA, November 1996) mit dem Titel „Unabdingbare westliche Interessen in Zentralasien“ wird festgestellt:

„Für die USA kommt es darauf an, in Zentralasien den Multilateralismus zu fördern, damit diese Länder mit gemeinsamer Stimme sprechen können, was Russlands Möglichkeiten einschränkt, als Vermittler aufzutreten ... Eine solche Politik garantiert den sicheren und zuverlässigen Zugang zu den Energieressourcen der neuen unabhängigen Staaten und fördert ihre ausgeglichene Entwicklung. Das ist die Hauptfrage für sie und den Westen.“

In der Tat richtete sich die US-Politik unter Präsident Clinton im Wesentlichen nach dieser Devise. Sie zielte darauf ab, in Zentralasien, besonders gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken, eine Kooperation ohne Russland zu fördern und das durch den Zerfall der Sowjetunion entstandene Machtvakuum auszufüllen. Westliche Politik setzte vor allem auf Usbekistan, das zum Schaufenster einer neuen Demokratie in Zentralasien gemacht werden sollte.

Geopolitik

Im Kalkül der US-Strategen zählt vor allem die Tatsache, dass es eine Region ist, in der die USA bisher nur peripher präsent waren und agieren konnten. Jetzt besteht die Aussicht, die gewaltige eurasische Landmasse, die bisher von der Sowjetunion dominiert wurde, unter eigene Kontrolle zu bekommen. Zentralasien befindet sich im Zentrum dieses Kontinents und ist die Brücke zwischen den großen bevölkerungsreichen Staaten Asiens, China, Indien und Pakistan, und dem Kaspischen Meer, dem Kaukasus und damit zu Europa. Die zentrale Ach-

se bildet der 40. Breitengrad: Zentralasien, Türkei und geografisch nahe Kosovo und Mazedonien, der Balkan. Und Zbigniew Brzezinski fordert denn auch „geostrategisches Verständnis und den bewusst selektiven Einsatz amerikanischer Ressourcen auf dem riesigen eurasischen Schachbrett“ („Die einzige Weltmacht“, S. 282).22

Offensichtlich ist die Bush-Administration dabei, diese Vision amerikanischer Geostrategen zu verwirklichen. Es geht nicht schlechthin um die Energieressourcen Zentralasiens. Für die USA ist dies eine instabile, unruhige Region, in der ethnische Konflikte, historische Rivalitäten und schließlich erstarkender militanter Islamismus eine Bedrohung für ihre nationale Sicherheit darstellen.

Für die politische Eliten der USA heißt Führerschaft im Zeitalter der Globalisierung globale Führerschaft. So wird eingeschätzt, dass diese eurasische Region im zunehmenden Maße Probleme für die Sicherheit der USA schafft. Der Bevölkerungswachstum, wachsende wirtschaftliche und militärische Stärke und eben das skizzierte Konfliktpotenzial erfordern erhöhte Aufmerksamkeit. Das vitale Interesse der USA erfordert nach Auffassung dieser Kreise die Fähigkeit, in geeigneter Weise sofort und schnell militärische Aktionen durchzuführen und entstehenden Konflikten begegnen zu können. Präventive Konfliktverhinderung bedeutet in dieser Strategie aktives militärisches Engagement.

(Beispiel: Militärcamp Bondsteel im Kosovo). Ähnlich wie nach dem Golfkrieg, als neue Militärbasen in Saudi-Arabien entstanden, ist mit dem Camp die US-Militärpräsenz auf dem Balkan gewährleistet. Nach dem 7. Oktober gelang es den USA, solche Basen in Zentralasien, in Usbekistan, Kirgisien und schließlich in Afghanistan zu errichten.

Niemand weiß heute, wann die Bush-Administration gedenkt, dort wieder herauszugehen.

Mit diesen Schritten wird die Zielstellung verwirklicht, global die Fähigkeit zu entwickeln, jedem vermeintlichen Angriff eines „Schurkenstaates“ auf das amerikanische „Homeland“ zuvorzukommen.

Militärische Präsenz

Gleichzeitig sichert die militärische Präsenz die Zurückhaltung anderer regionaler Mächte, wie Russland und China. Selbst wenn Russland mit seiner Beteiligung an der Antiterror-Koalition versuchte, sich in Tschetschenien Luft zu verschaffen, hat es an seinen südlichen Grenzen an Einfluss eingebüßt. Wesentlich erschien jedoch die Tatsache, dass die gegenwärtige Administration vor allem die wachsende Stärke Chinas fürchtet und in Afghanistan einen Riegel gegen den erstarkenden Einfluss Chinas in Asien vorschieben will. Der Krieg in Afghanistan und die Anwesenheit von US-Truppen erschwert das Zusammensehen regionaler Mächte. So können Allianzen verhindert werden, die sich negativ auf den amerikanischen Einfluss auswirken könnten. Das wäre bei einem stärkeren Zusammensehen Russlands mit China der Fall, das sich im Rahmen der Shanghai-Gruppe abzuzeichnen begann. Die Teilnehmer der Shanghai-Gruppe Russland, China, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan, auch Usbekistan mit aktiverer Beteiligung, waren dabei, mit der Einrichtung eines Exekutivsekretariats und der Schaffung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien (CSCA) ihren Zusammenhalt zu festigen. Im Rahmen dieser Gruppe war auch die Stationierung gemeinsamer Truppenverbände in den von militärischen islamistischen Kräften bedrohten Republiken Usbekistan und Tadschikistan (dort befinden sich seit geraumer Zeit russische Truppen) geplant.

Energiressourcen

Im Rahmen dieser globalen, geopolitischen Überlegungen spielen Energiressourcen eine ausschlaggebende Rolle. Nach Auffassung US-amerikanischer Strategen sind Geopolitik und Energiressourcen organisch miteinander verbunden. Die USA sind im hohen Maße von Erdölimporten (53% des Gesamtverbrauchs, davon ein Viertel aus dem Nahen und Mittleren Osten) abhängig. Die „Nationale Gruppe für Energiepolitikentwicklung“ (Leitung Dick Cheney), von Präsident Bush einberufen, stellte fest, dass die Importabhängigkeit der USA noch wachsen wird (im Jahre 2030 etwa 65%). Außerdem werden die USA weiterhin bis zu 50% aus politisch instabilen Ländern ihren Erdölbedarf abdecken müssen. Das trifft vor allem auf die Golf-Region zu. Wenn auch die Kaspiische Region nach bisherigen Einschätzungen nur über 5% aller Weltvorräte an

„Früher zielte Geopolitik darauf, Ressourcen zu besitzen. Heute geht es darum, Zugang zu managen. Zugang aller zu allen Märkten, zu Kapital und Wissen. Geopolitik ist heute Globalisierungspolitik. Und ehe wir das geschafft haben, steht schon die geopolitische Herausforderung der Zukunft an.“

(Aus einem Vortrag des stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der BP Deutschland GmbH, Peter Knoedel im April 2001 in der Konrad Adenauer Stiftung)

Erdöl verfügt (Erdgas etwas höher), ist der Zugriff auf diese Ressourcen offensichtlich für die USA von großer Bedeutung. Eine Reserveregion soll geschaffen werden.

Die in Afghanistan errichtete Basis ist für die US-Administration und für die mit ihr im guten Einklang operierenden Ölkonzerne von großer Bedeutung. Es wird abzuwarten sein, wie sich zukünftig Projekte, wie z.B. der Bau der Erdöl-pipeline Baku-Ceyhan, entwickeln werden.

Der Krieg gegen Bin Laden, der nach übereinstimmenden Meldungen der internationalen Presse über seinen 1988

über Texas abgestürzten Bruder Saleem direkte Verbindungen zur Firma G.W. Bushs „Arbusto“, später „Harken Energy“, unterhielt, ist unter Umständen auch ein Krieg um Erdölinteressen texanischer und saudiarabischer Unternehmen. Die Caslyle-Gruppe (Verbindungen zu G. W. Bush), die Chevron (Condoleezza Rice, Sicherheitsberaterin) und die Halliburton-Gruppe (Dick Cheney) stehen auf dem Sprung, in das entstandene Vakuum einzudringen und die neuen Möglichkeiten zu nutzen.

Achim Wahl

... und Auswirkungen auf die Region

In seinem Aufsatz „Das große Spiel“, den wir in den *Politischen Berichten* 25/01 veröffentlichten, wies der schwedische Publizist Jan Myrdal auf die Gefahr hin, dass die Neuordnung der zentralasiatischen Region zum Ende Pakistans führen könnte, einem Ende, das ungleich blutiger als das Ende Jugoslawiens oder der Sowjetunion sein werde. Die Ursachen des Kaschmir-Konflikts zwischen Indien und Pakistan reichen in die Zeit der britischen Kolonialherrschaft zurück. Die akute Krise, deren Eskalation zu einem Krieg zwischen den Atommächten Indien und Pakistan nicht auszuschließen ist, entwickelte sich als Folge des „Antiterrorkrieges“ der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan.

Der Krieg gegen Afghanistan und die Kaschmir-Krise

Der Fall Kabuls läutete nicht nur das Ende des Taliban-Regimes in Afghanistan ein. Er beendete auch die wichtige Rolle, die die Bush-Administration Pakistan im „Antiterrorkrieg“ vorübergehend zugedacht hatte. Mehr noch, mit dem Fall Kabuls begannen sich die Kräfteverhältnisse in der an Konflikten reichen Region zu Ungunsten Pakistans zu verschieben.

Viele Beobachter der Region vertreten die Auffassung, dass Pakistan und Indien ihre Afghanistan-Politik vor allem unter dem Blickwinkel des Kaschmir-Konflikts bestimmen, in dem sie sich seit 1947 unversöhnlich gegenüberstehen.

Ende der 80er-Jahre, kurz vor seinem Tod, hatte der damalige pakistane Ministerpräsident Zia-ul-Haq erklärt, dass sein Land ein „neues strategisches Bündnissystem“, eine „islamische Konföderation“, und in diesem Zusammen-



hang ein enges Bündnis mit Afghanistan anstrebe. Denn Pakistan brauche Ruhe an der „Westfront“, um sich auf die „Front“ mit Indien konzentrieren zu können, ohne ein pro-indisches Afghanistan fürchten zu müssen.¹ Die „Westfront“ ist ebenso eine Hinterlassenschaft der britischen Kolonialherrschaft wie die Kaschmir-Frage. Das Empire hatte 1893 einen 50 bis 80 km tiefen Streifen einer von Paschtunen bewohnten Provinz von Afghanistan abgetrennt und 1947 dem neu gegründeten Staat Pakistan zugeschlagen. Afghanistan hat diese Lostrennung niemals akzeptiert, und unter den Paschtunen der heutigen pakistanischen Nordwest-Provinz blieben Bestrebungen, sich von Pakistan loszulösen und Afghanistan anzuschließen, stets präsent. Dieser Konflikt belastete die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn und löste in Pakistan Befürchtungen aus, von Westen – Afghanistan – und Osten – Indien – in die Zange genommen werden zu können. Diese Konfliktlage



Nach der Massenflucht von Afghanen jetzt die Massenflucht von Kaschmiris

war einer der Gründe, aus denen Pakistan die Taliban-Bewegung seit ihrer Gründung 1992 gegenüber den konkurrierenden Mujaheddin massiv unterstützte und schließlich mit den Taliban ein in vieler Hinsicht abhängiges Regime in Afghanistan installieren half, das zwar die Grenze ebenfalls nicht anerkannte, aber eben auch nicht offen in Frage stellte bzw. stellen konnte.

Aus entsprechenden, nämlich entgegengesetzten Gründen hat Indien die verschiedenen Organisationen der Taliban-Gegner, insbesondere der Nordallianz stets finanziell und militärisch unterstützt. Ihre Führer waren teilweise im indischen Exil und unterstrichen gleich nach dem Sturz der Taliban die besonderen Beziehungen Afghanistans zu Indien. Indien sagte prompt großzügige Soforthilfe – Kredite und Weizenlieferungen – zu. Dagegen hat Afghanistan die Beziehungen zu Pakistan derzeit praktisch eingefroren.

Der Sturz des Taliban-Regimes droht also den Konflikt zwischen Afghanistan und Pakistan erneut zu verschärfen. Auf jeden Fall hat der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan die Stellung Pakistans, trotz aller seiner Bemühungen, auch und gerade gegenüber Indien geschwächt.

Gefahr weiterer Destabilisierung

Am 1. Oktober, also gut zwei Wochen nach den Terroranschlägen in den USA, verübten muslimische Kräfte ein Selbstmordattentat auf das Parlamentsgebäude in Srinagar, der Hauptstadt des indischen Bundesstaates Jammu und Kaschmir, bei dem 40 Menschen getötet und 80 verletzt wurden. Am 13. Dezember griffen bewaffnete islamistische Gruppen das indische Parlament in Neu Delhi an, 14 Menschen kamen zu Tode, darunter fünf Angreifer. Indien beschuldigte Pakistan, dass die bewaffneten Gruppen von pakistanischem Territorium aus agierten und vom pakistanischen Geheimdienst ISI direkt unterstützt wurden, fror alle Beziehungen zum Nachbarland ein, ließ seine Armeen an der Waffenstillstandslinie in Kaschmir aufmarschieren – auch Pakistan rüstete auf, so dass sich Hunderttausende Soldaten in Gefechtsbereitschaft gegenüberstehen – und schloss selbst den Einsatz seiner Atomwaffen nicht mehr aus. Wieder einmal wurde die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den seit 1947 ungelösten und seit 1989 blutig ausgetragenen Kaschmir-Konflikt gelenkt.

Gleichzeitig startete Indien eine diplomatische Offensive, Regierungsvertreter aus den USA und den EU-Ländern gaben sich die Klinke in die Hand. Erklärtes Ziel der indischen Regierung, die stets noch jede internationale Behandlung des Kaschmir-Konflikts als ausländische Einmischung abgelehnt hatte, ist es, insbesondere die NATO-Staaten zur

Unterstützung des indischen Standpunktes in der Kaschmir-Frage zu bringen.

Auch wenn hierzulande die Anschläge bewaffneter muslimischer Gruppen als auslösende Faktoren der gegenwärtigen Krise betrachtet werden, gehört die nach dem 11. September verschärzte innenpolitische Situation in Indien unbedingt dazu: Die indische Regierung startete eine „Antiterror-Kampagne“, in deren Verlauf sie noch im September z.B. die Islamische Studentenbewegung verbot, die für die Rechte der muslimischen Minderheit (immerhin 120 Millionen von über 1 Mrd. Bevölkerung) eintritt. Sie verabschiedete ein „Anti-Terror-Paket“, um gegen die muslimische Opposition vorgehen zu können, und zeichnet insgesamt für das Aufflammen einer antimuslimischen Stimmung verantwortlich, die im Oktober im Bundesstaat Maharashtra zu blutigen Zusammenstößen zwischen chauvinistischen Hindu-Organisationen bzw. Polizei und Muslimen führte.²

Beweise, dass Pakistan die Terroranschläge unterstützt oder gedeckt hat, hat Indien nicht vorgelegt. Allerdings ist der Verdacht auch nicht von der Hand zu weisen, wenngleich jeder Versuch, das komplizierte Kaschmir-Problem als Pro-

blem pakistanischer Aggression oder als Problem von „Terrorismus“ zu behandeln, jede Lösung in noch weitere Ferne rückt.

Der Konflikt kann hier nicht einmal in Ansätzen skizziert werden. Nur so viel: Er entbrannte mit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans 1947, als der hinduistische Maharadja des Fürstenstaates Jammu und Kaschmir den Beitritt zu Indien erklärte, um seinen absolutistischen Machtanspruch über die ganz überwiegend muslimische Bevölkerung aufrechtzuerhalten, und als Indien, entgegen seinen völkerrechtlich verbindlichen Zusagen und entgegen mehreren UNO-Resolutionen, sich weigerte, eine Volksabstimmung über die Zukunft des Gebiets durchzuführen. Zwei Kriege führten Pakistan, das den Anschluss der betroffenen Gebiete anstrebt, und Indien um das Kaschmir-Gebiet. 1989 formierten sich, nach von Indien manipulierten Wahlen, erste Guerillaverbände von Kaschmiris, die über die Grenze nach Pakistan gingen und von dort aus den bewaffneten Kampf gegen Indien aufnahmen. Indien antwortete mit massiver militärischer Präsenz und brutalem Vorgehen gegen die muslimische Bevölkerung. Seither sind mindestens 30.000 Menschen ums Leben gekommen, überwiegend Zivilbevölkerung.

Das Jahr 1993 markiert insofern eine Wende, als seither der Anteil ausländischer „Gotteskrieger“, vor allem Pakistanis, aber auch Afghanen und Sudanesischen, an den in Kaschmir und von Pakistan aus operierenden Guerillaverbänden stark anstieg und der Kampf um die Selbstbestimmung der Bevölkerung von Kaschmir mehr und mehr Züge eines Kampfes zur „Zerschlagung Indiens“ annahm.³ Allem Anschein nach nutzte Pakistan damals die Entlastung an der „Westfront“ durch die Afghanistan eroberte Taliban-Bewegung zur Verschärfung des Konflikts mit Indien, wie Indien heute die Schwächung Pakistans nutzt.

Die *Neue Zürcher Zeitung*⁴ mutmaßt, dass Indien mit seiner gegenwärtigen Mobilisierung für Krieg nicht unbedingt den Krieg mit Pakistan plant. Vielmehr wolle Indien die Gunst der Stunde des „internationalen Kampfes gegen den Terrorismus“ nutzen, um die UNO-Forderung nach einem Plebisitz über den Status des Kaschmir-Gebietes ein für alle Mal vom Tisch zu bringen. Doch es gehört nicht viel dazu vorherzusagen, dass das den Konflikt nicht löst, sondern spätestens auf mittlere Sicht zur weiteren Destabilisierung der gesamten Region beiträgt.

1 Der 11. September und die Asymmetrische Weltordnung. Das Dilemma der pakistanschen Generäle, in: *Le Monde diplomatique*, 12.10.01

2 WoZ, 15.11.2001

3 Glaubenskrieg oder Territorial-Interessen am Himalaya, *Le Monde diplomatique*, 11.1.2002

4 11.1.2002



Argentinien: Die Proteste dauern an

Zahlreiche Berichte und Dokumente, meist Übersetzungen von Artikeln von Indymedia-Argentina, finden sich unter de.indymedia.org. In der bürgerlichen Presse wird die Protestbegehung als Bewegung der Mittelklassen charakterisiert. Das trifft nur teilweise zu. Die Arbeiterbevölkerung ist von der Wirtschaftskrise stark betroffen, vielen Lohnabhängigen wird der Lohn z.T. seit Monaten vorenthalten. Wir dokumentieren exemplarisch den Unterstützungsaufruf von Beschäftigten eines Bekleidungsherstellers in Buenos Aires, die Anfang Januar die von den Eigentümern verlassene Fabrik besetzten.

„Wir Arbeitnehmer von BRUKMAN bitten um Solidarität

Wir Arbeitnehmer des Bekleidungsherstellers BRUKAMN (CEBEX) nehmen die Erpressung seitens des Systems und seitens der Firma nicht mehr hin. Wir wollen unsere Arbeit nicht verlieren, die für den Unterhalt unserer 120 Familien sorgt. Wir lehnen die Zahlung eines Lohnes von 5 Peso pro Stunde ab, weil wir dies als Arbeitnehmer und als Menschen für unwürdig halten. Wir fordern die volle Zahlung unserer Gehälter der vergangenen 2 Monate sowie die Zahlung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes.

Die Herren Brukman sind aus der Fabrik geflohen und hinterließen die Maschinen und die hergestellten Waren, ohne jedoch ihre Schulden zu bezahlen. Daraus haben wir die historische Entscheidung getroffen, die Firma zur ausschließlichen Verteidigung unserer Ar-

beitsplätze bis zur letzten Konsequenz friedlich zu besetzen, um zu vermeiden, dass die Bestände und die Maschinen weggebracht werden. Von nun an müssen wir Arbeitnehmer entscheiden, wie wir unsere Zukunft und unsere Arbeitsplätze erhalten.

Der bereits eingeschlagene Weg ist der Weg des Kampfes. Wir rufen alle Arbeitnehmer dazu auf, uns zu unterstützen. Wir brauchen die Solidarität

der Basis-Arbeiterorganisationen, der arbeitskämpfenden Gewerkschaften und der kämpferischen studentischen Vertretungen, der Arbeitslosen-Organisationen sowie der Nachbarn, die im Rahmen der Kochtopf-Demonstrationen kämpfen, um die Menschen über diesen Konflikt zu informieren sowie um Geld für die Streikkasse zu sammeln, um den Kampf und die Besetzung der Fabrik fortsetzen zu können und so eine endgültige Lösung für die Arbeitnehmer zu erreichen.

Wir brauchen Ihre Unterstützung in diesem Kampf, bitte unterstützen Sie die Streikkasse!

Die Arbeitnehmer von Brukman, in Verteidigung ihrer Arbeitsplätze ...“

Milzbranderreger aus US-Armee-Biowaffenlaboratien

Inzwischen gilt als ziemlich sicher, dass die Milzbranderreger in Briefen an zwei führende Senatoren der Demokraten im Oktober biologisch identisch mit Bakterien sind, die im letzten Jahrzehnt in Biowaffenlaboratorien der US-Armee hergestellt wurden. Der New York Times zufolge sind Bundesermittler zu den Schluss gekommen, dass die Milzbranderreger nur in einem Waffenlabor der Regierung hergestellt worden sein können. Dies bestätigen verschiedene Wissenschaftler: Die per Post an das Kapitol geschickten Milzbranderreger seien genetisch identisch mit den Vorräten an diesen tödlichen Bakterien, die die US-Armee seit 1980 angelegt haben. Quelle ist vermutlich die Armeeinheit für bio-

logische und chemische Kriegsführung in Dugway, Quelle des waffenfähig aufgearbeiteten Milzbrandmaterials. Von hier wurde das Milzbrandpulver gelegentlich zu einer anderen Biowaffeneinheit in Fort Detrick, das Medizinische Forschungsinstitut der Armee für ansteckende Krankheiten (USAMRIID) nahe bei Washington geschickt, das ebenfalls als Quelle der verschickten tödlichen Erreger in Frage kommen soll. Nachdem Zeitungen das geheime Biowaffenprogramm enthüllt hatten, hatte die Regierung im Dezember erstmals offiziell eingestanden, dass

die Dugway-Laboreinheiten waffenfähiges Milzbrandpulver produziert haben – offiziell war das Biowaffenprogramm 1969 von der Nixon-Regierung aufgegeben worden. Die Produktion der Biowaffen verletzte mehrere internationale Verträge über biologische Kriegsführung.

US-Biwaffen-Programm II: Rätselhafte Todesfälle vor Aufklärung?

Die Dugway-Armeeinheit wurde vor mehreren Jahren übrigens mit mysteriösen Krankheits- und Todesfällen in Zusammenhang gebracht. Im Frühjahr 1993 traten im Vierländereck zwischen Colorado, Arizona, New Mexico und Utah mysteriöse Krankheitsfälle auf; die Patienten bekamen hohes Fieber, zeigten Zeichen einer Lungenentzündung und verstarben binnen weniger Tage an Blutungen. Die Infektion wurde durch ein bis dahin unbekanntes Virus verursacht, dem man den Namen Sin-Nombre-Virus (Ohne-Namen-Virus) gab, später stellte sich heraus, dass es sich um einen Erreger aus der Gruppe der Hanta-Viren handelt, die von infizierten Nagetieren ausgeschieden und über die Luft verbreitet werden und erstmals durch amerikanische Militärärzte im Koreakrieg von Soldaten mit akutem Nierenversagen isoliert worden waren. Im Vier-Länder-Gebiet liegt Fort Wingate, ein verlassenes Armee-Depot, das nachweislich Ziel von Testbomben war, die von der Dugway-Basis aus verschossen wurden.

Entscheidungen im Kosovo

In der jugoslawischen Provinz Kosovo wurde auch im zweiten und dritten Anlauf kein neuer Präsident gewählt. Da der Präsident die Regierung einberuft, kommt damit auch die Regierungsbildung nicht voran. Wie schon im ersten Wahlgang am 13. Dezember, wurde Rugova, dessen Demokratische Liga (LDK) als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen war, auch im zweiten und dritten Wahlgang am 10. Januar nicht zum Präsidenten gewählt. Im dritten hätte ihm die einfache Mehrheit gereicht. Die beiden aus der UCK hervorgegangenen albanischen Parteien verweigerten ihm die Zustimmung, weil sie selbst die Führung beanspruchen, die 22 von Teilen der serbischen Bevölkerungsgruppe gewählten Parlamentsmitglieder lehnen die Wahl eines Präsidenten und die Bildung einer Regierung im Kosovo als Schritt zur Lostrennung ab. – Inzwischen beansprucht die Bundesrepublik Deutschland, den neuen Leiter der UN-Übergangsverwaltung im Kosovo zu stellen. Der Däne Hans Haekkerup war im Dezember überraschend zurückgetreten. Im Gespräch als Nachfolger sind der ehemalige Schröder-Berater Michael Steiner und General a.D. Klaus Reinhard.

Zusammenstellung: scc



Arbeiter einer Schuhfabrik demonstrieren

BERLIN. Mehrere zehntausend Menschen haben am 13. Januar in Berlin der vor 83 Jahren ermordeten Sozialistenführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedacht. Seit dem Morgen strömten Sympathisanten jeden Alters zur Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde, viele legten rote Nelken nieder. Die PDS sprach von 100.000 Teilnehmern. Am Morgen hatten PDS-Spitzenpolitiker, darunter der designierte Wirtschaftssenator Gregor Gysi, am Gedenkstein einen Kranz niedergelegt. Ebenfalls am Vormittag waren mehrere linke Gruppen in einem friedlichen Demonstrationszug zur Gedenkstätte gezogen. In Sprechchören und mit Transparenten protestierten sie gegen die deutsche Beteiligung an Kriegseinsätzen im Ausland. Daraan beteiligten sich etwa 10.000 Menschen, die meisten von ihnen Jugendliche.

www.info.partisan.net, Bild: www.indymedia.de



Antimilitaristischer Konvoi mit „Tatortbesichtigung“ am 26. Januar

BERLIN. Antikriegsgruppen rufen für den 26. Januar zu einem antimilitaristischen Konvoi STOP WAR auf. Mit Bussen, Taxen und PKW sollen verschiedene öffentliche und private Institutionen – Tatorte – in Berlin und Potsdam aufgesucht und das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Medien veranschaulicht werden: 10 Uhr Auftaktkundgebung Medien beim SFB-Pavillon am Th.-Heuss-Platz, Zwischenkundgebung Politik vor dem Bundestag, 11.30 Uhr Kundgebung Ökonomie an der Entlastungsstraße Potsdamer Platz, 14 Uhr Kundgebung am Deserteursdenkmal in Potsdam City, 15.45 Uhr Kundgebung Militär bei der Henning von Tesckow-Kaserne.

www.gegeninformationsbuero.de

Aktionen gegen das Treffen der Weltkriegselite in München

MÜNCHEN. Wie jedes Jahr findet im Februar die „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ (die frühere Wehrkundtagung) statt, ein Treffen von Regierungsvertretern der NATO-Staaten und rund 200 hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten. Unter dem Bündnis-Aufruf „Gegen das Treffen der Weltkriegselite“ stehen mehr als 80 linke und sozialistische Organisationen, Jugend- und Studentenverbände, Antifa-, Autonome und Dritte Welt-Gruppen. Weitere Aufrufe gibt es von Schülerinitiativen, von Attac, vom Anti-NATO-Komitee und den im Münchner Friedensbündnis zusammen geschlossenen pazifistischen Gruppen. Am 1. Februar wird um 17 Uhr eine Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz stattfinden anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer im Alten Münchner Rathaus. Am 2. Februar geht ab 12 Uhr eine Demonstration ab Marienplatz zum Bayerischen Hof. Gegen 18.30 Uhr werden dann im Audimax der Uni München VertreterInnen aus Griechenland, Frankreich und Italien auf einer Veranstaltung

sprechen. An den Tagen zuvor sollen auf verschiedene Diskussionsveranstaltungen die Themenkomplexe Neue Nato-Strategien, Festung Europa und globale Vorherrschaft kritisch beleuchtet werden.

www.buko24.de/nato.htm

30.000 Einwendungen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens

DARMSTADT. Das Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau/Für Nachtflugverbot“, der hessische Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND Hessen) und zahlreiche Vereine und Initiativen übergaben Anfang Januar 2002 dem Regierungspräsidenten in Darmstadt rund 30.000 Einwendungen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. (Bild) Mit ungläubigem Staunen reagierten die Menschen, wenn die Einwendungshelferinnen und -helfer die Pläne von Fraport erläuterten. „Dass die jährliche Passagierzahl des Flughafens in knapp 15 Jahren mit über 80 Millionen Menschen der gesamten Bevölkerung Deutschlands entsprechen und der Zuwachs größer sein soll als die heutige Verkehrsleistung des Flughafens München, also des zweitgrößten Flughafens Deutschlands, löst erst Nachdenklichkeit und dann Ablehnung aus“, schildert Walter Raß vom BUND eine typische Situation der letzten Wochen. Wachsende Zweifel registrieren die Gegner des Flughafen-Ausbaus auch hinsichtlich der Ga-

rantie für das Nachtflugverbot. BBI-Sprecher Wolfgang Ehle zum Nachtflug-Zirkus: „Die Menschen sind enttäuscht, dass Ministerpräsident Roland Koch jetzt für Lufthansa und nicht mehr für das angebliche Nachtflugverbot wirbt. Das bringt uns Zulauf“. Deutlichen Zulauf erwarten die Ausbaugegner, wenn sich herumspricht, dass Fraport die Zahl der prognostizierten Arbeitsplätze durch den Ausbau drastisch zurückgenommen hat. „Wenn sich nach der Nachtflugverbots-Lüge auch noch die Aussicht auf zahllose neue Jobs zerschlägt, dann lösen sich die Ausbau-Befürworter in Luft auf“, prophezeit Wolfgang Ehle vom Bündnis der Bürgerinitiativen.

www.flughafen-bi.de

Schlägereien beim PRO-Gründungstreffen in Oldenburg

OLDENBURG. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es beim Gründungstreffen der Oldenburger Sektion der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO). Der Ableger der Partei des Hamburger Innenministers Schill wollte sich am 11. Januar in Oldenburg-Bürgerfelde interessierten und Mitgliedern (nach eigenen Angaben schon 300) vorstellen. Um diese Hetz-Veranstaltung nicht unkommentiert zu lassen, versammelten sich etwa 30 Menschen, vorwiegend SchülerInnen, im Hotel Heide und protestierten lautstark. Die AnhängerInnen der Schill-Partei reagierten sofort mit wütenden tätlichen Angriffen und zeigten recht eindrucksvoll, was ihre Bürgerwehr-Mentalität sich unter „wehrhaftem Rechtsstaat“ vorstellt. Die Protestierenden wehrten sich und es kam zu einer kurzen Schlägerei, woraufhin sich die Protestierenden zurückzogen. Im selben Moment traf Polizei ein und einzelne Beamte stürzten sich ebenfalls recht wüst auf die SchülerInnen. Die erstaunliche Aggressivität der PRO-ler und der erschreckend volle Saal (ca. 200 Leute) haben nochmal gezeigt, wie wichtig es ist, auch hier der PRO von Anfang an etwas entgegen zu setzen.

www.indymedia.de



Kritik an der Massentierhaltung bei der Grünen Woche in Berlin

BERLIN. Vor den Toren der am 11. Januar gestarteten Verbrauchermesse „Grüne Woche“ in Berlin bieten Greenpeace-Aktivisten den Passanten Fleisch an, in dem eine Medikamenten-Spritze steckt. Sie tragen Teufelskostüme, auf denen die Namen der großen Supermarktketten prangen: Aldi, Edeka, Lidl, Metro, Rewe, Spar und Tengelmann. Dort wird immer noch zum größten Teil Fleisch verkauft, dass aus der Massentierhaltung stammt. „Auch bei konventioneller Fleischproduktion dürfen die Tiere nicht zu Gunsten von Dumpingpreisen in den Ställen zusammengepfercht werden“, sagt Martin Hofstetter, Greenpeace-Landwirtschaftsexperte. „Solange der Preiskampf der Supermärkte an der Fleischtheke ausgetragen wird, kann sich am Elend in den Ställen nichts ändern.“ Diese Zustände stehen durchaus im Einklang mit den zurzeit geltenden Gesetzen. Die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) möchte dafür sogar ein Qualitätssiegel vergeben. Greenpeace fordert die CMA auf, das geplante Siegel komplett zu überarbeiten. Häufig wendet die Fleischindustrie als Grund für das Festhalten am Status quo ein, dass sich Billigproduzenten aus dem Ausland nicht an die hohen Anforderungen halten müssten. Dieser Einwand ließe sich durch eine einfache Maßnahme entkräften: Eine Herkunftsland-Angabe auf der Packung. Es bliebe dann dem Verbraucher überlassen, ob er Fleisch aus Ländern essen möchte, wo Hormonzusätze oder Tiermehl als Futter zugelassen sind.

www.greenpeace.de

IPPNW warnt vor einem drohenden Anti-Terror-Krieg gegen den Irak

FRANKFURT A.M. Die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) warnen vor einem drohenden Krieg gegen den Irak im Rahmen des Anti-Terror-Einsatzes. „Ein Krieg mit weiteren massiven Zerstörungen und Tötungen würde die unversorgte Zivilbevölkerung in dem Land über alle Maßen treffen“, warnt das IPPNW-Ehrenvorstandsmitglied Professor Ulrich Gottstein aus Frankfurt. Prof. Gottstein ist Kenner der humanitären und medizinischen Lage im Irak aus erster Hand. Erst vor wenigen Wochen ist er von einem Besuch des Landes zurückgekehrt. In Briefen an UN-Generalsekretär Kofi Annan, Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer fordert Prof. Gottstein die Aufnahme diplomatischer Lösungsvorschläge. Sein Appell endet mit dem Hinweis: „... Bitte unterstützen Sie den Vorschlag von Präsident Putin von Mitte letzten Monats, dem zufolge dem Irak zugesichert wird, dass nach Wiedereinreiseerlaubnis der Inspektoren 60 Tage später die Sanktionen aufgehoben werden.“

www.ippnw.de

DFB streicht Unterstützung einer antirassistischen Ausstellung – BAFF protestiert

tatort stadion – vom 10.1. bis 8.2. in Hamburg

Der DFB streicht die Unterstützung der antirassistischen Ausstellung „tatort stadion“, weil dort rechte Äußerungen des DFB-Vorsitzenden auftauchen. Diese werden zwar vom DFB bestätigt, sollen aber angeblich aus dem Zusammenhang gerissen sein. Vom 10. Januar bis 8. Februar wird die Ausstellung im Hamburger DGB-Haus gezeigt. Einzig der FC St. Pauli und dessen Hauptsponsor sind noch dabei. Der DFB übt zunehmend Druck auf die Landesverbände aus. Was sagt das Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF) dazu, das die Wanderausstellung mit erstellt und weiter vertreiben will?

„Die Wander-Ausstellung „Tatort Stadion – Rassismus und Diskriminierung im Fußball“ des Bündnisses Aktiver Fußballfans (BAFF) und Football Against Racism in Europe (FARE), produziert mit Mitteln der Europäischen Union, wurde u.a. von den Schirmherren Wolfgang Thierse (Bundestagspräsident) und Michael Preetz (Vizepräsident der Vereinigung der Vertragsfußballspieler und Fußballprofi bei Hertha BSC) im November 2001 in Berlin eröffnet. Auch der DFB-Sportförderverein hatte schriftlich eine Förderung von 10.000 DM zugesagt und ein Grußwort geschickt.

Nach der Eröffnung der 21 Schautafeln umfassenden Ausstellung zeigte sich der DFB jedoch nicht einverstanden mit der Schautafel „Tatzeuge Vorbilder“. BAFF konfrontierte die Besucher mit Zitaten des DFB-Präsidenten Gerhard Mayer-Vorfelder (z. B. „Die Chaoten in Berlin, in der Hafenstraße in Hamburg und in Wackersdorf springen schlimmer rum als die SA damals.“; oder: „Was wird aus der Bundesliga, wenn die Blonden über die Alpen ziehen und statt dessen die Polen, diese Furtoks und Lesniaks, spielen?“; oder: „Wenn beim Spiel Bayern gegen Cottbus nur zwei Germanen in den Anfangsformationen stehen, kann irgendetwas nicht stimmen.“) und dokumentierte eine Auswahl antirassistischer DFB-Aktionen. Ebenso gab es einen Exkurs zur DFB-Historie, wo z. B. die Hofierung von Hitlers Lieblingssoldaten, Wehrmachtsoberst Hans-Ulrich Rudel anlässlich der WM 1978 in Argentinien kritisiert wurde.

Das Angebot von BAFF, eine eigene „Schautafel“ zu produzieren, die hinzugefügt werden könnte, lehnte der DFB-Sportförderverein in einem Gespräch mit Vertreter Götz Eilers ab. Zur Eröffnung im zweiten Ausstellungsort am 10.01.2002 in Hamburg sagte BAFF zu, die DFB-Schautafel durch BAFF bislang nicht bekanntes antirassistisches DFB-Material zu ergänzen und die Mayer-Vorfelder-Zitate deutlicher von den DFB-

Aktionen zu trennen. Dennoch bestand der DFB-Sportförderverein darauf, dass die „umstrittene“ Schautafel noch im November 2001 in Berlin abgehängt werden sollte. Dies wiederum lehnte BAFF ab, weswegen Eilers die Zusage von 10.000 DM mit sofortiger Wirkung zurückzog. Ebenso der Vermittler in diesem Konflikt, Gewaltforscher Prof. Gunter A. Pilz, der in Berlin die Eröffnungsrede hielt, legte seine Schirmherrschaft für die kommenden Ausstellungsorte nieder.

Der Konflikt verdeutlicht, dass der DFB nicht bereit ist, sich den zweifelhaften Aussagen seines Präsidenten und seinen misslichen Verhaltensweisen in der Vergangenheit zu stellen. Stattdessen streicht er den Förderbetrag einer antirassistischen Faninitiative, die von der EU gefördert wurde. Dies ist zu bedauern, da der DFB ansonsten durchaus glaubwürdige Ansätze antirassistischer Arbeit zeigt. Kritische Sichtweisen zu Fehlschlägen sind dennoch nicht erwünscht, auch wenn sie aus der Analyse von Fakten hervorgehen.

Über den Verlust des zugesicherten Geldes hinaus befürchtet BAFF eine Erschwerung des Vertriebs in den fünf bis acht geplanten Ausstellungsorten.

Das Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF) hat mit großem Bedauern und Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass



Michael Preetz in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Vereinigung der Vertragsfußballer (VdV) seine Schirmherrschaft für die Ausstellung „Tatort Stadion – Rassismus und Diskriminierung im Fußball“ niedergelegt hat. Michael Preetz begründet seinen Schritt mit einer „veränderten Situation“ und distanziert sich davon „den DFB-Präsident mit rechtem Gedankengut zu verbinden“. Hier von distanziert sich BAFF ebenfalls. Uns liegt es weiterhin fern, Herrn Mayer-Vorfelder persönlich zu diffamieren. Es geht uns darum, das Bewusstsein dafür zu wecken, dass das Fehlverhalten von Funktionären mit Vorbildfunktion ein idealer Nährboden zur Stärkung rassistischer Gesinnung in den Fankurven ist.“

Homepage mit den relevanten Ausstellungstexten: www.tatort-stadion.de

Ratsmehrheit unterdrückt Volksbegehren

KÖLN. Am 20. Dezember 2001 beschloss der Rat der Stadt Köln, mit den Stimmen von CDU, FDP und einer Republikaner-Stimme, dass das Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der städtischen Wohnungsbauunternehmen GAG und Grubo ungültig ist. Die Oppositionsparteien im Rat, darunter auch die PDS-Offene Liste, wollen ihren Widerstand fortsetzen. Die Organisatoren der Bürgerbegehren, der Mieterverein und der DGB haben Widerspruch eingelegt, mit dem sich der Rat der Stadt bald wieder befassen muss.

42500 Wohnungen besitzt der GAG/Grubo-Konzern in Köln und bestimmt damit nicht unmaßgeblich die Wohnungspolitik und die Mietentwicklung in Köln. Die beiden Konzerne fusionierten in den letzten Jahren und haben die Rechtsform einer Aktiengesellschaft, deren Aktien an

der Börse gehandelt werden und zu ca. 60% der Stadt Köln gehören. Als CDU und FDP ihre Verkaufsabsichten bekannt gaben und dann im Juli letzten Jahres beschlossen, schnellte der Aktienkurs nach oben. Die Spekulanten im ganzen Bundesgebiet wittern ein großes Geschäft. CDU-Fraktionschef Bietmann erwartet eine Milliarde DM Erlös für die Stadt Köln.

Der Wohnungspolitik in Köln

Der letzte Wohnungsbericht 2000 der Stadt Köln geht bemängelt einen Defizit von 10000 Wohnungen. Bis zum Jahre 2015 werden im Stadtgebiet zusätzlich 10000 neue Haushalte entstehen, so dass man faktisch von 20000 fehlenden Wohnungen ausgehen muss. Gerade der soziale Wohnungsbau stagniert seit Jahren. Die Stadt belegt 7800 Wohnungen für Ob-

dachlose bei der GAG/Grubo, ein wichtiges Steuerungsmittel in der Sozialpolitik. Die Mieten bei GAG/Grubo sind recht günstig und liegen bei ca. 4,25 Euro. Ein Verkauf der 42500 Wohnungen würde insgesamt den Mietspiegel im Stadtgebiet anheben. 50% aller Mieter des städtischen Wohnungsbaukonzerns sind Sozialhilfeempfänger, wie aus Fachkreisen zu erfahren war. D.h. ein Verkauf des Konzerns und eine damit verbundene Mieterhöhung würde die Ärmsten der Armen treffen, aber auch zu einer Erhöhung des Sozialhilfebedarfs des städtischen Haushaltes führen. Der Konzern hat ca. 300 Beschäftigte und gibt jedes Jahr 50 Mio. DM nur für Renovierungen aus und beschäftigt so zahlreiche kleine Handwerksbetriebe.

Die Absichten der Reaktion

Der Wohnungsbericht 2000 bescheinigt Köln „beste Renditeaussichten“ und das Kapitalanlage-Magazin „Cash“ hat Köln jetzt auf Platz 1 der wichtigsten Immobilienstandorte gesetzt. In den Vorständen der Versicherungskonzerne und beim Bankhaus Oppenheim leuchten die Augen, weil der Milliarden-Verkauf nur ein Mosaik-Stein bei der Privatisierung ist. Das gesamte Immobilien- und Mietgeschäft profitiert. Mit der Privatisierung wird auch ein Steuerungsinstrument des sozialen Wohnungsbaus aus der Hand gegeben. CDU und FDP mobilisieren auf diesem Weg nicht nur das Kapital, sondern auch Mittelschichten. Die CDU ist nach über 20 Jahren bei den letzten Kommunalwahlen wieder an die Macht gekommen und will sie nicht so schnell wieder hergeben. Deswegen will sie in den nächsten Jahren mit Prestige-Objekten und einem soliden Haushalt Eindruck schinden. Dazu wird sie die 1 Mrd. DM wieder investieren, auch das schafft Anhang.

Der Verkaufsbeschluss der GAG/Grubo sieht ein Vorkaufsrecht für die Mieter vor. Damit macht die CDU/FDP-Mehrheit geschickt Werbung, obwohl ihnen klar ist, dass nur wenige der Mieter dazu in der Lage sind.

Die Anhänger des Bürgerbegehrens

Nach Bekanntgabe der Privatisierungspläne stieg die SPD groß ein. Hier hatte sie ein kommunales Thema, mit dem sie sich nach dem vernichtenden Kommunalwahlergebnis 1999 wieder aufrichten konnten. Viele der Mieter gehören zu ihrem Klientel. Die Grünen mussten ihre Zusammenarbeit mit der CDU aufkündigen – sie hatten noch den Haushalt 2001 mit der CDU und FDP verabschiedet – weil sie sich sonst bei vielen kritischen Kölnern vollends isoliert hätten. Die PDS Offene Liste hatte den Kampf gegen die Privatisierungen bereits von Anfang an als einen Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit gesehen und mobilisierte zusammen mit anderen linken Gruppen, darunter auch attac. Der Kölner DGB-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Gilges

Rechtsanwalt Reinecke, Gutachter der PDS Gruppe im Rat der Stadt Köln zum ablehnenden Gutachten von Prof. Ossenbühl

... Ebenso empirisch falsch ist die Behauptung über das angebliche Gewicht des Rates im Verhältnis zu einer evtl. Mehrheit im Bürgerentscheid, weil am Bürgerentscheid häufig nur relativ wenig Personen teilnehmen. Ein erfolgreicher Bürgerbescheid setzt eine Mehrheit voraus, die darüberhinaus mindestens 20% der abstimmungsberechtigten Bürger ausmachen muß.

Nach dem Ergebnis der Wahlen der Stadt Köln vom 12.9.1999 erhielt die CDU 146.649 Stimmen und die FDP 13.198 Stimmen. Diese knapp 160.000 Stimmen zusammen entsprechen bei 711.000 Wahlberechtigten in der Stadt Köln einem Anteil von 22,5 %, d.h. die angebliche Mehrheit, die diese Stadt für 5 Jahre regiert, kann auch nicht auf eine wesentlich andere Mehrheit zurückgreifen, als eine evtl. Mehrheit in einem Bürgerentscheid. Für die Stichwahl zum Oberbürgermeisteramt, in der der jetzige Oberbürgermeister nicht nur für 5, sondern für 9 Jahre gewählt wurde, entschieden sich 144.000 von 712.000 Wahlberechtigten für Herrn Schramma. Dies entspricht bezogen auf die Wahlbeteiligung einer Mehrheit von 20,2 %. Wer also die evtl. Mehrheit in einem Bürgerentscheid als nicht real angreifen will, der sollte auch Worte über die schwache Basis der Rats- und Oberbürgermeistermehrheit verlieren.

Soweit zunächst zu verschiedenen

politischen Implikationen des Gutachtens.

Juristische Argumente: Aus dem Prinzip der repräsentativen Demokratie will Prof. Dr. Ossenbühl schlussfolgern, dass die Vorschriften über das Bürgerbegehren eng ausgelegt werden müssen. Das ist sicherlich falsch. Zwar ist das Bürgerbegehren juristisch als Ausnahme zum Verfassungsprinzip der repräsentativen Demokratie anzusehen, es ist aber vom Gesetzgeber ganz bewusst eingeführt worden als Mittel unmittelbarer Demokratie. Wenn der Gesetzgeber selbst hier eine Ausnahme macht, kann nicht aus anderen Verfassungsgrundsätzen diese Ausnahme eng ausgelegt werden. Zutreffend ist demgegen auch, dass die Ausnahmeverordnungen innerhalb der Vorschriften zum Bürgerbegehren (wann also ein Bürgerbegehren z. B. unzulässig ist) nach allgemeinen juristischen Auslegungsregelungen eng auszulegen sind. Sehr viel größeres Gewicht kommt daher dem auch von Prof. Dr. Ossenbühl erwähnten Grundsatz zu, dass ein Bürgerbegehren und Bürgerentscheid prinzipiell nicht die Einschaltung von Juristen erfordert und dementsprechend dieses plebiscitäre Element letztlich auch von juristischen Laien handhabbar bleiben muss, so dass gerade die formalen Anforderungen an ein solches Begehren nicht überspannt werden dürfen ...

Aus der Ratsrede der PDS Gruppe

Jörg Detjen (PDS): ... Bürgerentscheide sind ein gutes und wichtiges Element demokratischer Kommunalpolitik. Es ist ungeheuerlich, dass nun zum zweiten Mal mit juristischen Tricks versucht wird, in Köln ein Bürgerbegehren zu unterlaufen. Das zerstört unsere demokratische Kultur und zerstört die sozialen Schutzrechte in dieser Stadt. Die PDS/Offene Liste findet es überaus betrüblich, Herr Oberbürgermeister, dass Sie sich keine eigene Meinung zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gebildet haben –

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Woher wissen Sie das denn?

Jörg Detjen (PDS): – und vorbehaltlos in allen Punkten die Meinung des Herrn Professor Ossenbühl teilen. Nichts Differenzierendes ist – von der FDP oder von der CDU gekommen. In Reih und Glied stehen Sie hinter Professor Ossenbühl. Mich wundert, dass den zahlreichen Rechtsanwälten in Kreisen von CDU und

FDP nicht aufgefallen ist, dass sich Professor Ossenbühl in seiner Aussage, das Bürgerbegehren sei deshalb unzulässig, weil es sich massiv auf den Haushalt der Stadt Köln auswirke, positiv auf den Staatsrechtler Carl Schmitt bezieht. Carl Schmitt war ein nationalsozialistischer Überzeugungstäter; und wer sich auf ihn beruft, sollte sich bewusst sein, in wessen Gesellschaft er sich damit begibt.

Setzen Sie sich doch damit, meine Damen und Herren von CDU und FDP, unbedingt intellektuell auseinander! Dann werden Sie viel lernen.

(Zuruf Manfred Wolf [FDP])

Carl Schmitt war nämlich Mitglied der NSDAP und wurde von Göring zum preußischen Staatsrat ernannt ... Spätestens seit dem 8. Januar 1990, als im Rathaus der Stadt Köln die Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“ gezeigt wurde, hätten Sie wissen können, wer Carl Schmitt war. Im Ausstellungskatalog, der übrigens von dem FDP-Justizminister Engelhard herausgegeben wurde, kann man heute noch wichtige Enthüllungen über Carl Schmitt nachlesen.

(Dietmar Repgen [FDP]: Zur Sache!)

Ich habe sie bei mir. Wenn Sie sich von der FDP sie angucken wollen, gerne; ich kann Ihnen das gleich zeigen.

(Dietmar Repgen [FDP]: Zur Sache!)

Es ist ein Skandal ersten Ranges, dass ein Staatsdenker des Nazi-Reiches eine Bezugsperson für eine Unterbindung eines Bürgerbegehrens durch den Rat der Stadt Köln wird. Carl Schmitt war im Jahr 1927 entscheidend daran beteiligt, dass Volksbegehren und Volksentscheide eingeschränkt wurden ...

Meine Damen und Herren, die PDS wird diese Entscheidung des Rates nicht hinnehmen. Wir werden den Regierungspräsidenten anrufen und werden weiterhin den Widerstand der Mieterinnen und Mieter unterstützen. Gemeinsam mit dem Mieterverein, den Gewerkschaften und den anderen Oppositionspartnern werden wir im nächsten Jahre nicht locker lassen, bis diese Privatisierungspolitik der CDU und der FDP in sich zusammenfällt. – Danke schön.

(Beifall bei Sengül Senol [PDS], bei der SPD und bei Teilen der Zuhörer)

wurde einer der Organisatoren des Bürgerbegehrens, zusammen mit dem Pfarrer Meurer und einem Vertreter des Mietervereins. Da der Vorsitzendes des Mietervereins CDU-Mitglied ist und Vater des Stadtkämmerers, hofften viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter, dass diese „kölsche Lösung“ Eindruck schinden würde. Weit gefehlt: Auch wenn CDA-ler in der CDU gegen die Privatisierung auftraten, waren die lukrativen Aussichten und das Bündnis mit dem Kölner Kapital stärker.

Ein wichtiger Träger des Protestes sind die Mieteräte, die es bei der GAG/Grubo zum Teil gibt. Zu Beginn der Auseinandersetzung im Sommer und Frühherbst konnten sie noch kräftig mobilisieren, später ließ das Engagement nach.

Das Bürgerbegehren

Von August bis Oktober sammelten die Befürworter eines Bürgerbegehrens 69000 Unterschriften – fast dreimal soviel wie nötig. Eine solche Aktion war nur möglich, weil sich ganz unterschiedliche Kräfte beteiligten. Wichtig war das Eintreten des Mietervereins für das Bürgerbegehren. Auch die linken Organisationen sammelten kräftig Unterschriften. PDS, DKP und die SAV sammelten jeweils 1000 Unterschriften. Walter Herrmann von der Klagemauer alleine 6000. Der Mieterverein trat dreimal in der Woche mit einem großen Infostand in der Innenstadt auf.

Nachdem die CDU/FDP den Widerstand anfänglich unterschätzte und frech erklärte, bei 100000 Unterschriften könne man ja noch mal nachdenken, griff sie die Formalien des Bürgerbegehrens an. Die Frage seien falsch gestellt usw. Der Oberbürgermeister beauftragte den Bonner Prof. Ossenbühl mit einem Gutach-

ten. Das 58000 DM Gefälligkeitsgutachten kam dann auch zu der Meinung, dass das Bürgerbegehren unzulänglich sei, weil die Frage falsch gestellt sei und kein Haushaltsdeckungsvorschlag gemacht wurde. Der Gutachter der SPD und der Gutachter der PDS, Rechtsanwalt Eberhard Reinecke, kamen zu ganz anderen Urteilen (siehe Kasten links).

Der CDU-Oberbürgermeister brachte eine Verwaltungsvorlage in den Rat ein, die das Bürgerbegehren für unzulässig erklärte und bezog sich ausschließlich auf das Ossenbühl-Gutachten. Vor und auf der Ratsitzung griff die PDS-Gruppe das Gutachten an. Ossenbühl beruft sich in seinem Gutachten auf den faschistischen Staatstheoretiker Carl Schmitt: „Carl Schmitt war ein nationalsozialistischer Überzeugungstäter; und wer sich auf ihn beruft, sollte sich bewusst sein, in wessen Gesellschaft er sich damit begibt.“

Wie geht es weiter

CDU, FDP, Republikaner und Oberbürgermeister Schramma ließen sich nicht beeindrucken und erklärten das Bürgerbegehren für unzulässig. Daraufhin riefen SPD, Grüne und die PDS den Regierungspräsidenten an. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens haben Widerspruch eingelegt, mit dem sich der Rat erneut befassen wird. Die Auseinandersetzung ist nicht abgeschlossen.

Jörg Detjen,

Quellenhinweis: www.pds-koeln.de/ratsgruppe



Brief des AK Asyl an die Stadträte: STUTTGART. Aufgeschreckt von der Ankündigung, 6,5 Personalstellen im Flüchtlings-

bereich sollen gestrichen werden, hat sich der AK Asyl in einem Brief vom 13.12.01 an alle Stadtratsfraktionen mit der Bitte gewandt, die Basisflüchtlingsarbeit in den Unterkünften eher personal zu verstärken, anstatt sie weiter auszudünnen. Der AK Asyl erinnert daran, dass 1986 die Flüchtlingssozialarbeit in Stuttgart mit einem längst vergessenen Stellenschlüssel von 1:50 in dezentral über das Stadtgebiet verteilten, überschaubaren Unterkünften seine Tätigkeit aufgenommen hat. Dieses sog. „Stuttgarter Modell“ fiel den Sparzwängen zum Opfer. Statt hochqualifizierter Sozialarbeiter übernahmen nach und nach schlechter bezahlte Hausmeister und Hilfskräfte viele Aufgaben. Der Betreuungsschlüssel beträgt mittlerweile 1:145. Auf diesem Hintergrund empfindet der AK die geplanten Stellenstreichungen als einen flüchtlingsfeindlichen Akt, der dem Fass den Boden ausschlagen könnte. *Kommunale Berichte Stuttgart Nr. 1/2002*

Erhalt Freier Theater und Musik: KÖLN. Der politisch motivierte Sparkurs trifft jetzt auch die freien und privaten Theater Kölns. Nur noch 10 von 59 privaten Bühnengruppen sollen „gefördert“ werden. Die Ratsgruppe der PDS-Offenen Liste fordert dagegen eine breitere Förderung mit insgesamt sechs Millionen Euro, jeweils zur Hälfte für die Freien Theater und für die Freie Musik. Der kulturpolitische Sprecher der Ratsgruppe, Wolfgang Breuer, stellt dazu fest: „Freie Theater und Freie Musik müssen frei bleiben in Wort und Klang und dafür ist genug Geld da. Es ist nur eine Frage der Priorität.“ *Platzjabbeck, Zeitung der PDS Offenen Liste Köln, 12/2001*

Klagerecht bei Ausschluss der Öffentlichkeit. MÜNSTER. Gegen die Entscheidung des Bürgermeisters oder des Rates, für einen Tagesordnungspunkt die Öffentlichkeit auszuschließen, können Ratsmitglieder und Fraktionen klagen. Dies entschied das OVG Münster. Ratsmitglieder und Fraktionen haben nach diesem Urteil ein subjektives Organrecht auf Wahrung des Grundsatzes der Sitzungsoffentlichkeit. Dies ergebe sich bereits daraus, dass Ratsmitglieder verpflichtet sind, über den Inhalt nichtöffentlicher Sitzungen zu schweigen. Damit gerate der Ausschluss der Öffentlichkeit in Konflikt mit ihrem Recht, innerhalb und außerhalb der Ratsgrenzen öffentliche Überzeugungsbildung zu betreiben. Dennoch hatte die Klage im Ergebnis keinen Erfolg: Der Bürgermeister habe die Öffentlichkeit letztlich zu Recht ausgeschlossen, so die Münsteraner Richter, als der Rat über das pro-

zesstaktische Vorgehen der Gemeinde in einem laufenden Rechtsstreit beraten wollte. *Demokratische Gemeinde 1/2002: www.demo-online.de*

Kommunalpolitik besser angesehen als Bundespolitik: BERLIN.

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung gibt der Kommunalpolitik deutlich bessere Noten als der Bundespolitik. Das zeigt eine aktuelle EMNID-Befragung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, die im Dezember anlässlich des Berliner Forums zu Fragen der Verwaltungsmodernisierung veröffentlicht wurde. Während nur 36 Prozent mit Regierung und Opposition auf Bundesebene zufrieden sind, liegt die Zustimmung für die Arbeit der überwiegend ehrenamtlich tätigen Kommunalräte bei 58 Prozent. Allerdings befürchtet die Hälfte (49%) eine Schließung kommunaler kultureller Einrichtungen und 64 Prozent glauben, dass sich bald nur noch wenige Menschen die verschiedenen Angebote der Freizeitgestaltung leisten können. www.bertelsmann-stiftung.de

Kommunale Bildungspolitik: BERLIN.

Der Deutsche Städtetag hält die Empfehlungen, die das Forum Bildung während seines Abschlusskongresses in Berlin vorgestellt hat, für einen wichtigen Beitrag zur gegenwärtigen Bildungsdiskussion in Deutschland. Dass der größte Teil dieser Empfehlungen auch die Kommunen als Schulträger betreffe, bestätige die vom Städtetag von Anfang an geäußerte Kritik, dass die Kommunen zwei Jahre lang nicht mit am Tisch sitzen durften und von den Beratungen ausgeschlossen waren, erklärte Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus. Die Vorsitzende des Schulausschusses des Städtetages, Elfriede Ohrnberger, Augsburg, sagte: „Kommunalpolitik ist praktische Politik, nah an den Menschen in den Städten und Gemeinden. Deshalb werden wir das Angebot einer neuen Kultur der Zusammenarbeit, das eine Botschaft des Kongresses war, gerne annehmen.“ www.staedtetag.de

neue ver.di-Schriftenreihe: BERLIN.

Das Referat „e-government, Neue Medien, Verwaltungsmodernisierung“ beim ver.di Bundesvorstand und das Forum „Soziale Technikgestaltung“ sowie VertreterInnen der Gesamtpersonalräte der Media@Kommstädte haben eine neue Schriftenreihe erstellt. Zwei Bände liegen bisher vor: Band 1: „Innovation – Neue Medien – Beteiligung – Öffentliche Dienste im Wandel – Virtuelle Rathäuser – Neue Arbeitswelten – Neue Dienstleistungen“ und Band 2: Gewerkschaftliches Memorandum zu Online Arbeiten im Virtuellen Rathaus. Die beiden Bände können über den ver.di Fachbereich 7 (Gemeinden) für 5 Euro bezogen werden.

Zusammenstellung: baf

Kommunalwahl in Bayern

Offene Listen der PDS kämpfen um Wahlzulassung

Das Wahlgesetz in Bayern schreibt vor, dass Parteien, die bisher nicht in den Stadt- bzw. Gemeinderäten vertreten waren, Unterschriften sammeln müssen, es sei denn, sie hätten bei einer Landtags-, Bundestags- oder Europawahl auf dem Territorium Bayerns die 5%-Marke erreicht. Das trifft auch die PDS. Das Wahlgesetz verlangt ferner, dass die Unterschriften persönlich auf den Gemeindeämtern zu leisten sind, und verbietet Parteiwerbung in einem Umkreis von 50 Metern um die Eintragungsstelle. Außerdem sind die geforderten Unterschriftenzahlen ganz schön happig. Unter diesen Umständen konnte eine breite Kandidaturbewegung der PDS in Bayern nicht entstehen.

Die folgende Tabelle zeigt den Stand der Unterschriften in den Städten, in denen offene Listen der PDS um die Zulassungsunterschriften werben:

Ort:	Stand 14.1.02	Quorum
Augsburg	205	470
Eichstätt	90	180
München	620	1000
Nürnberg	322	610
Würzburg	102	385

Die Eintragungsfrist endet überall am Montag, den 21.1., um 12 Uhr. Dass noch gute Chancen bestehen, belegt die bei Redaktionsschluss aus München vorliegende Zahl. Allein am letzte Montag gingen 87 Leute aufs Amt, so dass man jetzt bei 707 steht. Wie schwierig die Unterschriftensammlung ist, zeigt in München das Beispiel der Freien Wähler, eine in Bayern landesweit starke Gruppierung, die sich in München auf aus der SPD und der CSU ausgetretene Stadträte stützen kann und in Umfragen auf ein Wahlergebnis im Bereich von 5% taxiert wurde, und die einen ganz erheblichen Werbeaufwand treibt. Die Freien Wähler lagen noch am letzten Montag mit unter 400 Stimmen weit hinter der offenen Liste der PDS München. Inzwischen geht auch die Presse davon aus, dass es mindestens in den großen Städten leichter sein dürfte, ein Mandat zu erzielen (es gilt Verhältniswahlrecht mit Kumulieren und Panaschieren) als die Unterschriftenhürde zu überwinden. Die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes ist damit schon ziemlich fraglich, wenn es nämlich nicht aussichtslose Bewerbungen unterbindet, sondern aussichtsreiche Bewerber im Vorfeld ausschaltet, gängelt es die Wählerschaft. (maf)

Kommunalpolitische Position des DGB Bayern im Kommunalwahlkampf 2002

Der DGB Bayern hat im Herbst ein umfangreiches programmatisches Dokument zu den Kommunalwahlen verabschiedet und auf seiner Homepage veröffentlicht. Für den sich intensivierenden Wahlkampf sind das sicherlich nützliche Bezugspunkte, von denen wir aber wegen ihres Umfangs nur die Punkte 1 und 2 dokumentieren können.

Die Gliederungspunkte lauten komplett:
1. Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Gemeindefinanzreform
2. Bürgergesellschaft – es bleibt ein blinder Fleck für soziale Problemlagen!
3. Arbeiten in der Stadt
4. Vereinbarkeit von Beruf und Familie
5. Daseinsvorsorge – neu denken
6. Die Investitionskraft der Gemeinden sichern
7. Mobilität und Gemeindeentwicklung
8. Umweltschutz – ökologisches Management in der Gemeinde
9. Kultur im Internet-Zeitalter

1. Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Gemeindefinanzreform

– Die Gemeinde, der politische Ort mit Bürgernähe –

Der engste Kontakt zwischen Bürger und staatlichen Organen findet in der Gemeinde statt. Sie ist dem Bürger, seinen Bedürfnissen und Nöten am nächsten. Die Gestaltung gemeindlicher Aufgaben betrifft ihn direkt und fordert seine aktive Beteiligung heraus.

Aufgrund dieser Nähe zu den Menschen ist die Selbstverwaltung der Kommunen durch die Verfassung garantiert. Aber immer wieder werden die Gemeinden daran gehindert, ihre Gestaltungsspielräume auszuschöpfen, durch die Gewohnheit von Bund und Ländern, Aufgaben an die Städte weiterzureichen, ohne gleichzeitig für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Im Gegenteil: oft befindet sich zum Beispiel die bayerische Staatsregierung mit ihren Zuweisungen an die Kommunen noch im Rückstand.

– Keine Aufgabenzuweisung ohne Finanzierungszusage –

Der Gemeindeetat ist bei der Sozialhilfe zum Beispiel durch die hohen Arbeitslosenzahlen ohnehin stärker belastet. Wenn die Politiker die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Frauen fördern wollen, indem etwa das Recht auf einen Kindergartenplatz verkündet wird oder jetzt in Bayern statt der Ganztageschule mit ordentlichen Lehrkräften die Ganztagesbetreuung forciert werden soll, passiert dies auf Kosten der Gemeinden. Auch im Rahmen der Zuwanderungskonzepte

liegt der Schwerpunkt der Integration, mit Deutschkursen und Sprachnachweisen, bei den Gemeinden.

– Die Gewerbesteuer wird von immer wenigeren gezahlt –

Während die Politik auf Bundes- und Landesebene einerseits großzügig neue Pflichten zuweist, nimmt sie den Gemeinden andererseits Einnahmequellen. So hat etwa der Bund auf Druck der Wirtschaft die Gewerbesteuer beschnitten, die auch heute noch vielen Städten das Gros ihrer Einkünfte sichert. Diese Einschränkung der Gewerbesteuer-Erhebung liefert jedoch die Grundlage dafür, dass die Zahlung der Gewerbesteuer für die Unternehmer weitgehend „gestaltbar“ wird.

Konkret gesagt: die Gemeinden müssen immer öfter auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ganz verzichten, beziehungsweise haben geringere Einnahmen in Kauf zu nehmen. Die jetzige Finanzierungsgrundlage der Gemeinden ist durch die Abschaffung der Gewerbe- kapitalsteuer unwägbar geworden.

Viele Gemeinden können sich dieser Schere von Aufgabenzuwachs und Finanzreduzierung nur durch Einsparungen entziehen, was bei einer Reihe von ihnen schließlich direkt an die Substanz geht.

– Sicherung der Selbstverwaltung durch Gemeindefinanzreform –

Eine Gemeindefinanzreform, die die Einnahmen auf eine stabilere Grundlage stellt und den Gemeinden neue und gerechtere Steuerrechte gegenüber ihren Bürgern und Unternehmen verschafft, gewinnt damit zunehmend an Bedeutung. Die finanzielle Unausgewogenheit von Umland und den Städten, die einen großen Teil der Infrastruktur bereitstellen, müsste durch einen Finanzausgleich in einer umfassenderen Region um die Städte gelöst werden. Gemeinden, die von dem Vorteil der Nähe zur Großstadt profitieren, sollten sich auch an den Kosten der attraktiven städtischen Infrastruktur beteiligen.

Nur solch eine konsequente Steuerreform kann das Recht auf Selbstverwaltung der Gemeinden längerfristig auf eine sichere Grundlage stellen.



Die Forderungen des DGB sind:

- Die Finanzierung der Kommunen und damit die Gewährleistung ihrer Aufgabenerfüllung ist bei der jetzigen Form der Gewerbesteuer unwägbar geworden. Deshalb fordert der DGB eine langfristig sichere Finanzierung für die Gemeinden.

Die Forderungen des DGB sind dokumentiert im Internet unter www.dgb-bayern.de. Auch die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Bayern hat eine 24-seitige Broschüre zum gleichen Thema herausgebracht: www.verdi-bayern.de

- Der jetzige Zustand gefährdet das im Grundgesetz garantierte Recht auf Selbstverwaltung in den Gemeinden. Deshalb fordert der DGB, dass die Gemeinden durch eine konsequente Gemeindesteuerreform eine sichere Finanzierungsgrundlage erhalten müssen.
- Die Zuweisung von neuen Aufgaben an die Gemeinden durch Bund und Land muss mit einer Finanzierung verbunden werden.

2. Bürgergesellschaft – aber ohne blinder Fleck für soziale Problemlagen!

– Ehrenamt stärken und Sozialstaat sichern –

„Bürgergesellschaft“ und „Zivilgesellschaft“ bedeuten Rücksichtnahme auf das Engagement der Bürger in Bürgerinitiativen oder Ähnlichem. Dies ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie und grundsätzlich begrüßenswert. Ein „blinder Fleck“ im Hinblick auf gesellschaftliche Problemlagen ist jedoch dann zu befürchten, wenn der Staat sich aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht und meint, mit der Erfüllung der Wünsche von aktiven Bürgergruppen alles getan zu haben.

Aktive Bürgergruppen setzen sich – oft sehr erfolgreich – für ihre speziellen Interessen ein. Soziale Problemlagen in den Gemeinden haben jedoch längst nicht dieselbe Mobilisierungsfähigkeit und Durchsetzungskraft. Sie fallen vielmehr hinten runter – hier entsteht in der Bürgergesellschaft also eine Lücke! Wenn die Kommunen ihr Handeln auf das Konzept „Bürgergesellschaft“ beschränken, wird es ihrer Politik am sozialen Ausgleich fehlen. Eine Einschränkung der Politik auf bürgergesellschaftliche Gruppen erhöht außerdem das Potential an Nichtwählern. Die Gewerkschaften sehen diese Entwicklungen mit Besorgnis und fordern die Aufrechterhaltung sozialstaatlicher Strukturen. Bürgergesellschaftliche Strukturen können nur eine Ergänzung, nicht aber ein Ersatz für den Sozialstaat sein.



Der DGB meint:

- Die Gewerkschaften sehen in der Bürgergesellschaft eine Belebung der Demokratie, wenn darüber nicht die sozialstaatliche Verantwortung vernachlässigt wird.
- Der DGB hält sozialstaatliche Strukturen für dringend erforderlich, um soziale Problemlagen in den Gemeinden zu verhindern, und um für einen angemessenen sozialen Ausgleich zu sorgen.

Ertragsabhängige Tarife in der Diskussion

Am 17. Januar entscheiden die Tarifkommissionen in Ba-Wü, Bayern und Niedersachsen über die Forderungen. Am 28.1. entscheidet der IGM-Vorstand über die Genehmigung. Er verabschiedete am 10.12.2001 (wie zwei Wochen vorher die Tarifkommission Baden-Württemberg) die Empfehlung, im Gesamtvolumen 5 bis 7 % zu fordern.

Erwartungsgemäß die Reaktion der Unternehmerverbände: „Verantwortungslos“ (Hundt) bis „von allen guten Geistern verlassen“ (Gesamtmetall-Kannegießer). Laut Klaus Zwickel werde es 2002 auch „keinen Tarifabschluss ohne einen unwiderruflichen Einstieg in das Projekt Entgelttarifvertrag (ERA) geben“. (Handelsblatt, 11.12.) Er „erwartet, dass die endgültige Forderungshöhe eher im oberen Drittel der Spanne 5–7 % liegen wird“, was wohl in Richtung 6,5 % als endgültigem Beschluss gehen dürfte. Zwickel hat „eingeräumt, er habe die Erwartungshaltung in der IG-Metall-Basis nicht dämpfen können“. Auch mit seinen Vorschlägen „Kurzläufer“ (sechs Monate Laufzeit) und „differenzierte Lohnhöhungen“ habe er „in der IG Metall keine Mehrheit gefunden. Das Misstrauen sei zu groß, die Arbeitgeber würden den ertragsabhängigen Lohnanteil einseitig zu Lasten der Beschäftigten nutzen.“ (Handelsblatt, 7.12.) Ganz wird Letzteres auch in den kommenden Monaten nie vom Tisch sein (siehe unten), allein auf Grund des Drucks von Arbeitgebern und Politik. Gerade auch im Zusammenhang mit einem möglichen Ergebnis wie 1999, als ebenfalls 6,5 % gefordert wurden und 1 % des Abschlusses (über Einmalzahlung neben 3,2 %) bedauerlicherweise nicht in die Tariftabelle einging, ist diese Gefahr mit Sicherheit weiter akut. Chancen für eine echte Erhöhung von Einkommen und Tarifen 2002 sind aber vorhanden.

Sehr viele sind für eine hohe Forderung

Ende November hatte als erste die Tarifkommission in Bayern getagt, wobei die Forderungen aus den Verwaltungsstellen zwischen 6,5 und 10 % lagen. (Im Bezirk Bayern war 1995 der letzte Tarifstreik, erfolgreich.) Im Bezirk Küste tendierte das Meinungsbild zu 6–7 %, eine bezifferte Forderungsempfehlung wurde aber ebenfalls nicht abgegeben. Dies gilt auch für NRW, wobei dort die „hohen Zahlen aus Bayern heftiges Stirnrunzeln hervorgerufen“ hätten, wie sich Bezirksleiter Gasse vom *Handelsblatt* (30.11.) zitieren ließ. In Hessen beschloss der Opel-Vertrauenskörper am 28.11. in Rüsselsheim 7,5 %, für Auszubildende 55 € (in Baden-Württemberg steigt die Ausbildungsvergütung seit zwei Jahren automatisch mit dem Ecklohn).

Eine ausdrückliche Entschließung bzw. Empfehlung wurde am 29.11. in Baden-Württemberg verabschiedet. Im Kern enthält sie drei Punkte: Die Tarifkommission „empfiehlt ein Gesamtvolumen in der Bandbreite von 5 bis 7 %“. Bezuglich des angestrebten Entgelttarifs (ERA) sieht sie es (obwohl Südwestmetall kurz zuvor die Verhandlungen „ausgesetzt“ hatte) als „unaufschiebar an, in der Tarifrunde 2002 einen ersten Schritt zur materiellen Angleichung der unterschiedlichen Lohn- und Gehaltsstrukturen vorzunehmen“. Zur am meisten umstrittenen Frage „ertragsabhängige Komponente“ heißt es, dies werde „weiter diskutiert“. Die Meinungsbildung sei „noch nicht abgeschlossen“ (voller Wortlaut der Erklärung in *Politische Berichte* 26/2001).

Durch die Presse kaum bekannt, aber mindestens genauso interessant und wohl auch für die weitere Entwicklung richtungsweisend, ist der Verlauf der Tarifkommissionssitzung. Sie dauerte fünf Stunden, wobei die Debatte auf gutem Niveau mit 23 Redner/innen aus 20 der insgesamt 27 Verwaltungsstellen allein drei Stunden in Anspruch nahm. Vollkommene Einigkeit bestand in der Ablehnung sowohl von 24 Monaten Laufzeit (Gesamtmetall) als auch des sechs Monate „Kurzläufers“. Das Thema Entgelttarifvertrag wollten nur zwei Redner aus der Tarifrunde heraushalten, weil eine Vermengung das ERA-Projekt selbst gefährden bzw. dies materiell zu Lasten der Lohnzahl gehen könnte. 15 Redebeiträge stimmten hier dem Vorschlag der Bezirksleitung zu, so dass diesbezüglich der Resolutions-Entwurf ohne Änderung verabschiedet wurde. Insbesondere die 170 000 Facharbeiter/innen im Zeitlohn im Bezirk sollen damit aus ihrer nachteiligen Situation herauskommen, allein beim Monatsgrundentgelt 360 bis 410 € unter den vergleichbaren Tarifen Kaufmännischer und technischer Beschäftigter zu liegen.

Kontrovers verlief die Debatte bei der Bandbreite des Gesamtvolumens der Tarifforderung: Hier lautete die von der Bezirksleitung eingebrachte Erklärung zunächst auf „5–6,5 %“. Zwar sei nach dem NRW-Abschluss (2,1 % für 2001) „der Frust in der Organisation zu einem irrsinnigen Druck explodiert“ und müsse eine „glaubwürdige Tarifrunde gemacht werden, insbesondere, was das Durchsetzungs-Szenario angehe“ (Bezirksleiter Berthold Huber). Damit der Bezirk aber in eine „Pilotposition“ kommen könne, dürfe man „keine möglichst hohe Zahl in die Welt setzen“, sondern müsse „eine einigermaßen begründbare Forderung mit einer entsprechenden Durchsetzungsstrategie verbinden“.

Verschiedene Tarifkommissionsmitglieder wiesen demgegenüber darauf hin, dass überwiegend höhere Forderungen erhoben würden, trotz inzwischen krisenhafter Situation und dem „11. September“. Und zwar nicht nur in Großbetrieben, sondern auch aus kleineren und mittleren und auch in solchen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Personalabbau. Man dürfe sich nicht zu sehr nur an wirtschaftlichen Daten orientieren, sondern mehr an dem, was man zum Leben, für die Wiederherstellung der Arbeitskraft und die Existenz der Familien brauche.

Für eine niedrigere Forderung (5–6 %) sprachen sich nur drei Redner/innen (Reutlingen, Villingen) aus, acht schlossen sich dem Vorschlag der Bezirksleitung an (darunter Beschlüsse der Delegiertenkonferenzen Friedrichshafen, Singen und Heidenheim). Sieben Beiträge waren dagegen für eine höhere Forderung: Zwei davon für eine „Bandbreite von 5–7 %“, die übrigen für 7,5 % (Delegiertenversammlung Ludwigsburg) bzw. 8 und 9 sowie 9,5 %. Teilweise waren diese Forderungen auch kombiniert mit Mindestbeträgen von 130 und 150 € (aus Heidelberg und der Vertreterversammlung Waiblingen), in einem Fall (Delegiertenkonferenz Esslingen) wurde Festgeld von 230 € beschlossen. Auch der Bevollmächtigte der größten Verwaltungsstelle Stuttgart berichtete von einem „Korridor in den Betrieben von 7,5–9,5 %“. Von Huber selbst („da dies von Vielem gekommen ist“) wurde daraufhin im Anschluss an die Debatte der Änderungsantrag gestellt, beim Volumen eine „Bandbreite von 5–7 %“ zu empfehlen. (Gegenüber der *Stuttgarter Zeitung* erklärte er tags darauf, einen anderen Beschluss durchzusetzen, „hätte eine Spaltung der Tarifkommission zur Folge gehabt“.)

Bezirksleitung zieht sich bei der Ertragsabhängigkeit zurück

Einen deutlichen Rückzug der Bezirksleitung gab es auch beim Punkt Ertragsabhängigkeit. Hier führte Huber eingangs in der Begründung für eine „erfolgsabhängige, betriebliche Zusatzkomponente“ aus, dies habe nichts mit seiner „öffentlichen Überlegung“ von vor einem Jahr zu tun. Damals habe er sich noch dafür ausgesprochen, bei der tariflichen betrieblichen Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) auch unter die geltenden 55 bzw. 60 % zu gehen (40 %), um auf der andern Seite in ertragsstarken Betrieben auch deutlich über die 55 % zu kommen. Davon sei er durch die „tatkärfige Kritik aus den Reihen der Tarifkommission abgekommen“.

Klaus Zwickel habe mittlerweile den

Begriff differenzierter Abschluss ins Spiel gebracht, um auf diese Weise die Situation in ertragsstarken Betrieben stärker zu berücksichtigen. Neben einem Grundentgelt für alle sollte es Regelungen geben, um in solchen Unternehmen per Tarifvertrag zusätzliche Bonuszahlungen durchzusetzen. Der Tarifvertrag sollte „in einen festen und einen variablen Teil gespalten werden. Je nach wirtschaftlichem Erfolg der Betriebe sollten die Arbeitnehmer unterschiedliche Einkommenszuwächse bekommen“ (zitiert nach metall-direkt). Bei derartigen „variablen Lohnabschlüssen in zwei Stufen“ beinhaltete die erste eine „einheitliche Mindestlohnerhöhung für alle“, die zweite sei „am wirtschaftlichen Erfolg des Betriebe orientiert“.

Dass sich Arbeitgeber-Präsident Hundt postwendend „voll des Lobes für Zwickels Vorstoß“ (*Handelsblatt*, 2.11.) äußerte, war zu erwarten, Widerstand in der IG Metall jedoch auch: Von der Funktionärsbasis über die Bezirksleiter Hartmut Meine (Niedersachsen) und Werner Neugebauer (Bayern) bis hoch zum zweiten Vorsitzenden Jürgen Peters (im Gegensatz zu Bezirksleiter Gasse, NRW, und Huber). Die von diesem am 29.11. in der Tarifkommission ursprünglich eingebrachte Erklärung hatte bereits folgenden abgeschwächten Wortlaut:

„Die große TK spricht sich dafür aus, den Vorschlag von Klaus Zwickel nach einem differenzierten Abschluss in die Diskussion mit aufzunehmen. Damit soll die Situation in ertragsstarken Unternehmen stärker berücksichtigt werden. Angesichts der differenzierten Lage in den Regionen, Branchen und Unternehmen liegt darin einen Chance, die bundesweite Übertragbarkeit und Akzeptanz eines Forderungs- und Abschlussvolumens zu sichern.“

In der Diskussion unterstützten nur sechs Tarifkommissionsmitglieder, insbesondere aus Betrieben mit höherem betrieblichem Weihnachtsgeld diesen Vorschlag – allerdings nur, wenn die betreffende ertragsabhängige tarifliche Komponente auch wirklich „oben drauf“ komme. Zwölf Redner/innen sprachen sich gegen ein solches Konzept aus: Sechs (darunter auch die beiden Bevollmächtigten aus Stuttgart und Mannheim mit den größten Daimler-Chrysler-Betrieben) erklärten, dies sei „noch nicht gründlich ausdiskutiert und zu Ende gedacht“ sei; die andere Hälfte war „aus grundsätzlichen Erwägungen für ein kategorisches Nein“ und forderte zum Teil Streichung des Absatzes bis hin zur Verabschiedung einer eingebrachten Gegenformulierung. Im diesbezüglichen Beschlussantrag der Delegiertenkonferenz Friedrichshafen (größtes Unternehmen ZF-Zahnradfabrik) wurde z.B. darauf verwiesen, Ertragsabhängigkeit sei schon lange eine Forderung der Arbeitgeber. Die Gegenseite würde dies nutzen, um die Öffnung nach unten durchzusetzen. Tarife seien aber Mindestbedingun-

gen. Differenzierte Abschlüsse ließen darüber hinaus das Tarifniveau insgesamt langsamer steigen. Sie würden die Gefahr in sich bergen, dass in schlechten Zeiten die Tendenz nach unten gehe.

In weiteren Redebeiträgen wurde ebenfalls eindringlich davor gewarnt, die Belegschaften würden gespalten, viele von der Entwicklung abgehängt. Unterschiedliche Produktivitäts- und Gewinnraten habe es zwischen und in den einzelnen Branchen schon immer gegeben. Bei besonderen Gewinnen könnten und würden sich Belegschaften wie bisher durch betriebliche Regelungen mehr holen. Tarife erster und zweiter Klasse dürfe es nicht geben. Großbetriebe könnten als Abnehmer möglicherweise Bonus zahlen, während Zulieferer noch mehr gedrückt würden. An betrieblichen Beispielen wurde belegt, wie insbesondere Konzerne auch durch gezielte Strategien oder bewusste Preispolitik innerhalb der einzelnen Gesellschaften bestimmte Ergebnisse erzielen würden, um durch Verluste in den einen Betrieben Gewinnsteuern in anderen zu sparen. Genauso

rifkommission, die Ohren auf Durchzug zu schalten sei im politischen Leben auch keine Lösung. In der Stuttgarter Zeitung räumte er dann am Folgetag „große Ängste von Betriebsräten ein. Zudem gebe es die Befürchtung, dass über eine differenzierte Lohnpolitik die allgemeine Grundentgeltlerhöhung nach unten gehe und die Beschäftigten schlechter dastünden als heute. Er mutmaße, dass das Thema nicht offensiv in die nächste Tarifrunde eingebracht werde. Er wolle dem endgültigen Beschluss der Tarifkommission am 24.1.2002 nicht vorgreifen, aber es sei relativ sinnlos, Mehrheitsbeschlüsse herbeizuführen, obwohl die Diskussionsgrundlage eher noch gefürchtet ist.“ Laut *Welt* vom 27.12. macht sich Huber tatsächlich aber weiter für „Differenzierung“, „zweistufiges Tarifsystem“ bzw. „Gesamtvolumen und Mindesterhöhung“ stark: „Die Zahlung des variablen Betrags kann als Bonussystem oder auch an die Erreichung von bestimmten Qualitätszielen gekoppelt bzw. zum zusätzlichen Aufbau einer betrieblichen Altersvorsorge verwendet werden“. In der Ta-



wenig sei einzusehen, dass Belegschaften für Missmanagement seitens Unternehmensführungen zusätzlich bestraft würden bei gleicher Leistung. Lohn stelle die Bezahlung des Werts der Arbeitskraft und nicht des Werts der Arbeit dar. Das Ganze gehe in eine gefährliche und falsche Richtung und zerstöre den Gedanken einheitlicher, solidarischer Tarifpolitik.

Während für die Konzeption „tarifliche Bausteine für zusätzliche Gewinnbeteiligung“ auf dem letzten Gewerkschaftstag noch eine Mehrheit hingekommen werden konnte, ließ sich nach diesem Debattenverlauf in der Tarifkommission der von der Bezirksleitung eingebrachte Vorschlag differenzierter Abschluss für ertragsstarke Betriebe so nicht mehr halten. Huber verwahrte sich zwar gegen Diskussionsverbote in der Ta-

rifkommission am 29.11. stellte er als Bezirksleiter nach der Diskussion selbst den Änderungsantrag, den betreffenden Text zur Ertragsabhängigkeit weiter zu entschärfen. Um zu vermeiden, dass „die vereinigte Öffentlichkeit bei einer völligen Streichung aufheulen“ werde, die IG Metall wolle darüber nicht reden, schlägt er folgende „Mixtur“ vor:

„Die IG Metall in Baden-Württemberg wird das Thema eines Tarifabschlusses, der die Beschäftigten an den Erträgen der Betriebe bzw. Unternehmen beteiligt, weiter diskutieren. Die Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen.“ Diese geänderte Fassung der Erklärung wurde in der Schlussabstimmung einschließlich der „Bandbreite von 5–7 %“ von 207 Tarifkommissionsmitgliedern angenommen (bei 11 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen). (aro)

Die Aufstellung der Bundestagskandidaten der PDS in den alten Bundesländern wird nicht ohne Geräusche von sich gehen. In NRW hat Ulla Lötzer angekündigt, sich um Platz 1 der Landesliste zu bewerben. Ulla Jelpke tritt erneut auf diesem Platz an, über den sie 1998 in den Bundestag eingezogen ist.

In Niedersachsen kandidiert Heidi Lippmann nicht mehr für den Bundestag. Seit Wochen wirbt der Hesse Diether Dehm um eine Kandidatur in Niedersachsen. Der Landessprecherin Dorothee Menzner werden gute Chance eingeräumt.

In Baden-Württemberg will Winfried Wolf wieder kandidieren. Außerdem hat jetzt der beim PV bestallte Jugendkoordinator Gregory Mohlberg aus Freiburg sein Interesse für Platz 1 angemeldet.

PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer erklärt im Pressedienst ihre **Schwerpunkte** in den nächsten Monaten:

Das Jahr 2002 werde für die PDS das politisch erfolgreichste Jahr ihrer Geschichte. Diese Überzeugung vertrat die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer am 7. Januar vor der Presse. Die sozialistische Partei werde auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene weiter politischen Einfluss gewinnen. Zimmer nannte zwei wesentliche Aufgaben. Zum einen habe die PDS ihre Gestaltungsansprüche zu verdeutlichen. So wird der Parteivorstand nach seiner Klausur (11./12.1.) den Entwurf für das Wahlprogramm in die öffentliche Diskussion geben. Zum anderen habe die PDS deutlich zu machen, dass sie Oppositionspartei ist und bleibt. Dieser Anspruch müsse mit Regierungsbeteiligungen in Bundesländern und kommunalpolitischer Verantwortung ausbalanciert werden. Die PDS betreibe keine Nischenpolitik, sondern wolle zentrale Konfliktfelder aufrufen, so zu den Fragen: Bleibt das Militärische das Vorherrschende in der Konfliktlösung? Gibt es alternative Ansätze zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit? Gibt es Ansatzpunkte, um mehr Demokratie durchzusetzen?

Eine SPD-PDS-Koalition in der Hauptstadt habe einen besonderen Wert gegenüber einer normalen Landeskoalition, sagte Gabi Zimmer. Wenn die PDS nicht die Herausforderung von Koalitionsverhandlungen angenommen hätte, „wäre die Situation in Berlin nicht zu meistern gewesen“. Das in den Koalitionsverhandlungen Erreichte sei äußerst wichtig.

Mit der Beteiligung am Senat und einem guten Abschneiden bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (21.4.) werde die PDS die Grundlage für einen Erfolg bei der Bundestagswahl legen. Dort wolle sie jede vierte Stimme im Osten und zwei Prozent der Zweitstimmen im Westen erringen. Doch angesichts der

Umfrage- und der Berliner Wahlergebnisse sei darüber nachzudenken, ob die Messlatte nicht höher gelegt werden müsste. (Auf Nachfrage äußerte Gabi Zimmer, sie könne sich insgesamt acht, neun Prozent vorstellen. „Alles über sechs Prozent wäre ein Riesenerfolg, weil es zeigen würde, dass wir im Westen zugelegt haben.“) Im Osten sei die PDS auf dem Weg, stärkste politische Kraft zu werden. Dabei seien weder Regierungsbeteiligung noch Oppositionsrolle Werte an sich. Für die PDS seien vor allem tragfähige Konzepte wichtig. Im Zentrum stehe für die PDS der Kampf um einen Politikwechsel. Eine Regierungsbeteiligung 2002 im Bund sei wegen der zu großen Differenzen mit SPD nicht denkbar, eine Koalitions- oder Tolerierungsaussage deshalb überflüssig.

Seit dem Dresdner Parteitag haben sich allein bei der Bundesgeschäftsstelle 800 Frauen und Männer als Mitglieder angemeldet. Das im Sommer 2001 geäußerte Vorhaben, bis zur Bundestagswahl 4.000 neue Mitglieder zu haben, sei damit erfüllbar. Unmittelbar nach der Wahl halte die Partei am 12. und 13. Oktober in Gera die 1. Tagung des 8. Parteitages ab. Gabi Zimmer kündigte an, sich dort der Wiederwahl als Parteivorsitzende zu stellen.

Ellen Brombacher schreibt in den „Mitteilungen“ der **Kommunistischen Plattform zum aktuellen Stand der Programmdiskussion**:

Erstes Fazit und Schlussfolgerungen: Es ist damit zu rechnen, dass auch die Weiterführung der programmatischen Debatte von harten Auseinandersetzungen gekennzeichnet sein wird. Wir müssen damit rechnen, dass selbst Modifizierungen des Aprilentwurfs nicht gewünscht sind. Zugleich gibt es offensichtlich das Bestreben, die Fortführung der Programmdiskussion transparenter zu gestalten als dies vor dem Dresdner Parteitag der Fall war, wo bis zur Pressekonferenz am 5. Mai 2001 noch nicht einmal bekannt war, wer – gemeinsam mit Dieter Klein – die beiden weiteren Autoren des von Gabi Zimmer den Journalisten vorgestellten Entwurfs sind.

Das Streben nach mehr Transparenz ist für eine offene Debatte von Vorteil. Wir werden uns als Kommunistische Plattform – trotz aller hier geäußerten Bedenken – dieser Diskussion nicht verweigern. Es ist wichtig, in diesem Auseinandersetzungsprozess präsent zu sein. Auch Genossinnen und Genossen der Plattform werden in Arbeitsgruppen mitwirken und wir werden zu den Themen Schwerpunkten gegebenenfalls eigene Bausteine vorlegen. Das ist auch die beste Möglichkeit, am Ende des jetzt eingeleiteten Prozesses über eigene Substanz zu verfügen.

Zusammenstellung: jöd

Das **Kommunal-Info Mannheim (KIM)** hat mit den bei den Grünen ausgetretenen Gemeinderäten Petra Seidelmann und Frieder Brender gesprochen. Neben den Gründen, warum die Grünen verlassen wurden, war vor allem von Interesse, ob mit einem solchen Austritt die bislang von den beiden und von anderen Grünen in vielen anderen Orten vertretene Kommunalpolitik fortgesetzt werden kann und wie. Daher ist das Gespräch von Interesse über Mannheim hinaus und wir dokumentieren es.

KIM: Warum seid ihr nach dem letzten Grünen-Parteitag aus dieser Partei ausgetreten?

Petra Seidelmann: Der Grund für den Austritt war für mich letztlich nicht eine pazifistische Haltung, die ich so nie vertreten habe, wohl aber eine sehr kritische Haltung bezüglich des Afghanistan-Einsatzes und der Debatte darum. Der letztendliche Ausschlag, dass ich das so nicht ertragen wollte, war der partiinterne Umgang mit all jenen, die die Kritik am Mainstream der Partei geübt haben, und das über lange Jahre hinweg. Das geht m.E. nicht und das steht einer grünen Partei schon gar nicht zu, interne Kritiker so weit zu disziplinieren, dass sie sich am Ende noch selbst vorführen über die Frage: Wer behält sein Gewissen und wer muss umfallen, selbst innerhalb dieser linken Gruppe. Das war für mich der handhabbare, beweisbare, sichtbare, fühlbare Punkt, an dem ich sagte: Das kann nicht die Partei sein, in die ich mal eingetreten bin, unter anderem, weil ich solche Strukturen gerade in anderen Parteien immer abgelehnt habe.

„Afghanistan hat dann aber gezeigt, dass die Grünen nicht mehr fähig sind, Distanz zu den Herrschenden herzustellen“

KIM: Dein Austrittgrund war also nicht die Feststellung, dass jetzt die grüne Politik einen besonderen Punkt erreicht hat, der so nicht mehr tragbar ist?

Petra Seidelmann: Innerhalb der Grünen war die „reine Lehre des Pazifismus“ schon Ende der Achtziger nach vielen Austritten entsprechender Mitglieder nicht mehr wirklich nennenswert vertreten. Es gab dann immer wieder Debatten darum: Wie weit kann man bei etwas mitgehen, wie weit nicht, und das ist auch in Ordnung so. Afghanistan hat dann aber gezeigt, dass die Grünen nicht mehr fähig sind, Distanz zu den Herrschenden herzustellen, weder innerhalb der Koalition (die hat ja da vorgelegt und die Partei hat nur noch nachvollzogen, was auch ein Punkt ist, den ich ablehne) als auch dann zu den Westmächten an sich. Es wurde auch nicht mehr gefragt: Wo sind die Zusammenhänge, weshalb gibt es Gewalt in bestimmten Teilen der Erde, wo-

Alternative Kommunalpolitik weiterhin nötig

her rekrutiert die sich. Diese Fragen dürfen auch nicht mehr gestellt werden. Ich habe den Eindruck von zunehmenden Denk- und Sprechverböten innerhalb der Partei. Man wird da bestenfalls noch als Vorzeige-Linke gehalten. Der Aufbau der Partei von unten nach oben, der funktioniert nicht mehr.

KIM: Frieder, ist damit auch Dein Parteiaustrittsmotiv umschrieben?

Frieder Brender: Ich denke, ein Parteiaustritt ist immer sehr privat. Man muss sich dafür zunächst einmal persönlich entscheiden. Und jemand wie ich, der in den letzten Jahren sicher auch als Repräsentant der Grünen hier gegolten hat, hat natürlich auch noch eine bestimmte

Leute aktiv an der Politik beteiligen, wird auch diese Regierung nicht das tun, was wir uns vorstellen. Man muss von außen Druck machen auf diese Regierung.

KIM: Klingt in Euren Parteiaustritten nicht auch eine gewisse Parteiverdrossenheit an? Ihr wollt Euch doch beide keiner andern Partei anschließen?

Frieder Brender: Die Parteiverdrossenheit ist insofern da bei den Grünen. Jetzt in der Afghanistan-Aktion ist sehr deutlich zutage getreten ist, dass eigentlich die Mehrheit der Partei inhaltlich eine deutlich andere Position bezogen hat als die Führungsspitze – 11 von 17 Landesverbänden haben sich gegen die Kriegsbeteiligung ausgesprochen. Und

ten grünen Projektes. Vielleicht ist das grüne Projekt aber auch wirklich eine Generationengeschichte.

Der Austrittsbeschluss ist im übrigen nicht einfach eine Parteiverdrossenheit – das würde ja dann auch heißen eine Gruppenverdrossenheit, die Unlust, in irgendwelchen Gruppen noch zusammenzuarbeiten. Aber es ist eine Enttäuschung, eine „Ent-Täuschung“ darüber, wie schnell bestimmte Strukturen – wenn man nicht aufpasst – sich verselbstständigen und zu Machtstrukturen werden.

KIM: Was heißt das Eurer Meinung nach für die Parteienlandschaft der Bundesrepublik?

Petra Seidelmann: Wenn die Grünen diesen Weg konsequent weitergehen in den nächsten Jahren, und ich sehe nicht, dass sie dies nicht tun werden, dann glaube ich nicht, dass die Grünen innerhalb dieser bundesrepublikanischen Parteienlandschaft noch jemals über längere Jahre hinweg mit Zukunftsperspektive eine eigenständige Position beziehen könnten. Ich sehe nicht, dass innerhalb der Grünen sich noch einmal die Kräfte für eine solche eigenständige Position bündeln könnten.

„Unsere Position in Mannheim war eigentlich bis zum Parteitag: Wir müssen aus der Koalition heraus, wenn man sich nicht vom Kanzler vorführen lassen will.“



Verantwortung gegenüber seinen Wählerinnen und Wählern, aber auch gegenüber den Leuten, die mit solchen politischen Funktionen Hoffnungen verbinden. Es hat sich im Nachhinein dann auch gezeigt, dass es für diese Leute sehr schwierig ist, wenn dann jemand das politische Boot verlässt.

Ich bin sicherlich – da treffe ich mich mit Petra – auch kein Pazifist, ich habe mich immer als Antimilitarist verstanden. Insofern hätte ich auch mit einer Position innerhalb der Grünen leben können, die nicht meine ist. Ich bin auch jemand, der sehr pragmatische Politik macht, und Politik braucht Mehrheiten. Um diese Mehrheiten muss man streiten in einer Demokratie, und wenn man mal auch in seiner Partei keine Mehrheit hat, ist das kein Grund, auszutreten. Ich habe ja auch für die Grünen hier in Mannheim Bundestagswahlkampf gemacht, ich habe ja auch für den Bundestag kandidiert. Es war für mich schon klar, dass die Grüne Partei in einer Koalition mit der SPD deutliche Probleme bekommen wird. Ich habe schon am Abend der Bundestagswahl gesagt: Wir haben die richtige Regierung, die wir uns alle mal gewünscht haben. Aber ohne, dass man auf die Straße geht, ohne dass sich die

dann hat man unter Beteiligung der so genannten Linken innerhalb der Grünen – und das finde ich das Dramatische – eine Koalitionsfrage weitaus höher gestellt als die eigene Positionsfindung.

An dieser Stelle habe ich dann eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten gesehen: Entweder die einer „schlafenden Parteimitgliedschaft“ bei Fortsetzung meiner kommunalpolitischen Aktivitäten oder eben zu sagen: Das ist nicht die Vorstellung von Parteiedemokratie, die ich mir gewünscht habe, und derer wegen ich gerade den Grünen beigetreten bin und nicht der SPD oder einer sonstigen Partei. Ich bin ja gerade deswegen den Grünen beigetreten, weil die der Garant dafür waren, dass Positionen in einem Diskussionsprozess entwickelt werden.

KIM: Eurer Meinung nach hätte in der Frage des Afghanistan-Einsatzes die Koalition notfalls geopfert werden müssen?

Petra Seidelmann: Ja, nach meiner persönlichen Meinung schon. Und auch der Kreisverband Mannheim hat ja eine entsprechende Resolution dazu verabschiedet. Das Wort „opfern“ ist da allerdings auch nicht unbedingt das richtige, und wenn schon, dann hat sich die grüne Partei geopfert zum Nachteil des gesam-

Frieder Brender: Unsere Position in Mannheim war eigentlich bis zum Parteitag: Wir müssen aus der Koalition heraus, wenn man sich nicht vom Kanzler vorführen lassen will. Hinter dieser Position standen 70 bis 80 Prozent unseres Kreisverbandes in Mannheim. Da sind wir in Mannheim nicht unterschiedlicher Meinung gewesen. Wir sind ja jetzt auch nicht verärgert mit unseren Freunden hier vor Ort.

Aber diese Position hat eben keinerlei Widerhall in der Grünen Partei gefunden. Und dann wurde plötzlich die Koalitionsfrage über alles gestellt. Und wer dieses tut bei so relevanten Positionen, der läuft natürlich Gefahr, dass er dann überhaupt keine Position mehr hat und sich damit auch als Reformpartei verabschiedet. Ob die Grünen dauerhaft irgendeine Position im gegenwärtigen parteipolitischen Feld der Bundesrepublik einnehmen, das kann schon sein. Und mir steht auch derzeit keine andere Par-

tei irgendwie näher als die Grünen, weil ja der kulturelle und ideologische Hintergrund immer noch der gleiche ist. Und es gibt ja innerhalb der Grünen immer noch genügend Leute, von denen ich nicht weit weg bin, insbesondere an der Basis. Deshalb wird sich zeigen, wie sich das entwickelt. Aber für mich wäre eine Entwicklung außerhalb der Koalition wieder angesagt, mit einer Rückbesinnung auf die Frage: Was heißt ‚grüne Reformen‘ in diesem Staat.

KIM: Haltet Ihr ein Projekt „Neue Grüne Partei“, „Andere Grüne Partei“ oder aber Beitritt in die PDS für möglich?

Frieder Brender: Ich bin deshalb aus der Grünen Partei ausgetreten, weil mein politisches Wirken sich derzeit besser außerhalb dieser Partei entfalten kann als innerhalb. Und wenn ich mich schon rumstreite, dann derzeit lieber wieder öffentlich als nur parteiintern, wie die Entwicklung vor dem Parteitag gezeigt hat. Wir werden andere Positionen aber nur gemeinsam erringen können, und da ist die Parteimitgliedschaft derzeit völlig Wurst, wenn man öffentliche Debatten wieder führt über die Themen, die uns wichtig sind.

Ich möchte übrigens die PDS in der Friedensfrage nicht als Alternative zu den Grünen sehen. Bei einer Regierungsbeteiligung der PDS wäre es nicht anders abgelaufen. Der einzige Unterschied ist: Die PDS ist in der Opposition. Und deshalb muss die auch ihre Rolle wahrnehmen.

Was wir aber brauchen ist tatsächlich eine Auseinandersetzung über die militärische Außenpolitik in der Öffentlichkeit.

Petra Seidelmann: Die Frage Mitgliedschaft in einer anderen Partei steht für mich derzeit überhaupt nicht im Raum. Ich hatte ja einen Grund, warum ich irgendwann einmal bei den Grünen eingetreten bin. Die PDS wäre für mich im Moment keine Alternative. Außerdem bedarf ein Aufhören von etwas dann auch einer längeren Zeit der Aufarbeitung. Und ein Wechsel, egal wohin, sollte da reiflich überlegt sein.

Was eine neue Grüne Partei betrifft: Das halte ich für völlig abwegig. Das haben schon andere erfolglos probiert. Es gibt eine Grüne Partei, und es gibt auch nach wie vor grüne Themen. Die sind nicht beendet. Ob sie innerhalb dieser Partei gut aufgehoben sind, ist zu hinterfragen und anzuzweifeln. Und ich hoffe, es gelingt – zumindest auf kommunaler Ebene z.B. in Mannheim – diese Themen weiter zu verfolgen.

Frieder Brender: Man muss sich das auf bundesweiter Ebene auch noch mal anschauen. Die Zeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“ hat das genannt die „kommunalen Kollateralschäden“: In fast jeder Stadt gibt es in der Zwischenzeit nach unserer Kenntnis einzelne oder mehrere Leute, die aus der Grünen Partei ausgetreten sind, die ihr kommunales Mandat aber weiterhin wahrnehmen.



Hängt jetzt im Haus der Geschichte, Wahlplakat der Grünen aus dem Jahr 1983 – was aber nicht überholt scheint: Alternative Politik auf kommunaler Ebene.

Auch hier in der Gegend: In Germersheim, in Weinheim, also nicht nur in Mannheim, im Zentrum der Rhein-Neckar-Region. Mit uns sind in Mannheim ja innerhalb von zwei Wochen 17 Leute mit ausgestiegen.

In NRW sind fast in jeder größeren Stadt in der Zwischenzeit Austritte zu verzeichnen bis hin zur Hälfte der jeweiligen Stadtratsfraktion. Das ist insbesondere auf kommunaler Ebene relativ vehement.

Die Partei hat sich von den Interessen der Menschen in den Städten wegentwickelt. Dort ist der Unmut nicht nur über die Militärpolitik, sondern auch über die Sozialpolitik relativ groß. Auch die finanzielle Ausstattung der Kommunen wurde vernachlässigt. Ich bin mir sicher. Aus den Städten heraus werden sich neue Diskussionen aus dem grün-alternativen Spektrum entwickeln.

Entweder die Grünen werden sich wieder danach orientieren, oder sie werden dann dauerhaft Ihre Basis in den Städten verlieren. Das wird dann eine Untergangsentwicklung sein.

Ich geben den Grünen aber eine Chance, dass sie wieder entdecken, woher sie eigentlich entstanden sind. Aus einer Stadtkultur, aus den städtisch geprägten Menschen, mit all den Interessen, die sich in einer Gesellschaft immer erst aus Städten heraus artikulieren. Arbeitslosigkeit, Armut, Umweltverschmutzung, neue Bildungserfordernisse, etc. Auch die Globalisierungsdebatte wird vorwiegend in den Städten geführt.

KIM: Ihr habt in Mannheim erklärt, dass es bezogen auf die Gemeinderatsarbeit keine Änderungen gibt. Ist das so aufrecht zu erhalten?

Frieder Brender: Wir haben zusammen mit dem in der grünen Partei verbliebe-

nen Gemeinderatsmitglied Wolfgang Raufelder, aber auch mit dem Kreisverband – und das ist wichtig – erklärt, dass wir uns nach den Etatberatungen mit allen treffen wollen, die Lust haben, mit uns zusammen eine kommunalpolitische Bestandsauftnahme zu machen, mit offenem Ergebnis und mit offenem Ausgang. Und dazu sind eben alle eingeladen, egal woher sie kommen und wohin sie gehen wollen. Ich denke: In dieser Stadt tut Not, dass wir uns wieder links und außerhalb dieser Großen Koalition fragen: Welche Themen haben wir, und wie wollen wir die in den nächsten Jahren einbringen?

Diese Große Koalition existiert ja die ganze Zeit, auch wenn derzeit die CDU die Nase vorn hat. Und die SPD formuliert ja immer wieder von Neuem, gefragt oder ungefragt, dass sie einfach beleidigt ist, dass die CDU derzeit nicht mehr Große Koalition spielt.

KIM: Das heißt, das Projekt Rot-Grün in Mannheim, wenn es das je gegeben hat, ist gescheitert?

Frieder Brender: Es hat bisher nie ein solches Projekt gegeben. Es gab eine Zeitlang die Notwendigkeit für die Sozialdemokraten, auf grüne Positionen Rücksicht zu nehmen und das eine oder andre gemeinsam zu gestalten. Und das haben wir gemacht, und das war auch richtig so. Aber es gab kein Projekt Rot-Grün; denn es wurde nie personell untermauert. Das war nur ein politischer Kampfbegriff der CDU gegenüber den Sozialdemokraten. Das hat aber nie Relevanz gehabt mit Ausnahme von zwei, drei Jahren.

KIM: Es hatte ja aber mit den personellen Änderungen in der SPD-Fraktion gewisse Hoffnungen gegeben?

Frieder Brender: Ja schon. Aber derzeit formuliert der Fraktionsvorsitzende der SPD immer wieder die Klage, dass die CDU keine Große Koalition machen will. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Wenn sich das wieder ändert, dann muss man auch das zur Kenntnis nehmen, z.B. wenn wir wieder stark genug sind, dass an ökologisch-sozialer Politik nicht vorbei regiert werden kann.

Petra Seidelmann: Wenn es punktuell eine inhaltlich begründete Zusammenarbeit gegeben hat, so hat sich doch bei der letzten Kommunalwahl gezeigt: Wir haben uns halbiert. Damit hat natürlich auch das Gewicht dieser Grünen Gruppe so massiv abgenommen, dass von einer Zusammenarbeit dann auch kaum noch was zu spüren war. Wir konnten da früher einfach freier agieren.

Frieder Brender: Die SPD hat nach der letzten Kommunalwahl gemeinsam mit der CDU die Posten verteilt zu unseren Lasten und sogar zu ihren eigenen Lasten. Die CDU hat in jedem Aufsichtsrat mit Ausnahme der GBG die Mehrheit für sich selber organisiert. Dies hätte die SPD gemeinsam mit uns verhindern können. Das war das Zeichen in die Bürgerschaft hinein, inwiefern eine Opposition im Gemeinderat überhaupt gewollt ist.

Kommen wir auf die Themen der Kommunalpolitik zu sprechen:

Ökologie, ein klassisches grünes Thema, findet in der jüngsten Haushaltsrede des Oberbürgermeisters überhaupt nicht mehr statt.

Stichwort „Global City“: Die Rausdrängung der Armen aus der City statt Bekämpfung der Armut ist in Mannheim regelrecht Programm geworden, ohne dass die Sozialdemokraten irgendwie gegenhalten.

„Stadt als Stadtteil-Stadt“: Beteiligung der Bevölkerung in den Stadtteilen – wie schaffen wir wieder Identifikation der Bevölkerung mit den Stadtteilen? Mannheim wäre eigentlich prädestiniert dafür. Stattdessen wird versucht, z.B. den Bürgerdienst in den Stadtteilen mit Beihilfe der SPD-Dezernenten und des SPD-Oberbürgermeisters und ohne Widerstand der SPD-Fraktion wieder abzuschaffen. Man hat damit ein deutliches Zeichen gegen die Chancen in dieser Stadt gesetzt. Ich weiß gar nicht, wo die hinwollen mit ihrer Stadtentwicklung.

„Was kann man in dieser Stadt noch bewegen, gemeinsam – es geht nicht anders – als Opposition, als linke Opposition?“

KIM: Wie kann die Opposition im Rathaus und vor allem auch in der öffentlichen Diskussion nach Eurer Meinung wieder stärker werden? Das letzte Wahlergebnis war ja niederschmetternd.

Petra Seidelmann: Wir haben ja direkt nach der letzten Wahl gesagt: Wir müssen uns darauf besinnen, wer sind wir und wo kommen wir her? Welche Gruppierungen und Initiativen in der Stadt sind aktiv und wer steht hier eigentlich noch für marginalisierte Menschen und vertritt deren Interesse? Das war ein Ergebnis dieser verlorenen Wahl. Also raus aus diesem Betrieb Rathaus, der ja relativ ver einnahmend ist und auch nicht sehr transparent. Das war vor zwei Jahren. Da

waren von uns ja zwei Neue im Gemeinderat, die Einarbeitung dauerte länger als gedacht, die Ressourcen waren knapper als vorher. Unser Ziel war, uns wieder zu vernetzen und wieder Bestandteil zu werden der Bewegungen und Initiativen, was sicherlich vorher über mehrere Jahren vernachlässigt wurde durch die starke Ausrichtung in die Verwaltung rein. An diesem Punkt stehen wir jetzt neu und noch mal mit einem stärkeren Druck. Die Erkenntnis, dass wir nur so stark sein können wie die Basis, aus der wir kommen, ist nicht neu; aber die geht natürlich im normalen Alltagsgeschäft auch immer wieder flöten. Jetzt stehen wir wieder dort, und insofern ist ein Parteiaustritt auch wieder der Anfang von etwas Neuem.

Und da wollen wir jetzt in diesem Frühjahr sehen: Wo stehen wir als Einzelne, wo stehen wir als Gruppierung im Gemeinderat, und wo gehören wir zu einem Ganzen? Und was kann man in dieser Stadt noch bewegen, gemeinsam – es geht nicht anders – als Opposition, als linke Opposition?

Frieder Brender: Was wir mit dem Austritt erhoffen und erwarten, ist, dass wir auf der linken Seite in Mannheim eine neue Debatte erreichen. Eine offene Debatte, und da sind auch alle aufgefordert, mit zu machen. Ich erwarte auch egal von welcher Partei oder Organisation, ob DKP oder PDS oder wer sonst sich links versteht, dass sie sich (wieder) stärker kommunalpolitisch äußern und sich in dieser Stadt einbringen.

Es kann auch nicht sein, dass man im Prinzip uns den ganzen Laden alleine überlässt. Das Zeichen soll es auch sein. Und man muss ja sehen: Kandidiert hat außer uns mit unserer offenen Liste niemand. Dann sind alle frustriert der Wahl ferngeblieben, weil sie gesagt haben, die blöden Grünen kann man nicht mehr wählen, weil die in der Bundesregierung so viel Scheiß machen. Und das Ergebnis ist nun auch für Mannheim ein äußerst bescheidenes und dient niemandem, weder denen, die zu Hause geblieben sind und auch nicht denen, die jetzt im Rat sitzen.

Also: alle sind aufgefordert, mitzumachen. Mit 5 bis 6 Prozent, wofür Grün immer gut ist, hätten wir auch in den Grünen bleiben können. Aber wir wollen wieder die 10 bis 12 Prozent, die mal für Grün gestanden sind in dieser Stadt, in welcher Konstellation auch immer, weil sie für die Themen und Inhalte gestanden sind. Wir wollen deutlich machen, dass es sich dann wieder lohnt, an der Stadtentwicklung mitzumachen, weil dann wieder Sachen durchsetzbar sind. Alles andere nützt uns allen nichts, egal in welcher Konstellation.

Wie man diese 10, 12 Prozent erreicht, ist mir dann auch zweitrangig. Wichtig ist, dass man den Fokus auf diese Kraft setzt, nicht nach parteitaktischen Zufälligkeiten.

KIM: Euer nächster Schritt?

Petra Seidelmann: Wir wollen in breitem Rahmen einladen alle Kräfte, Menschen, Gruppierungen, von denen wir annehmen, dass sie einen gemeinsamen politischen Nenner haben. Dann wollen wir feststellen: Welche Themen werden eigentlich bearbeitet, welche nicht, wie kann man gemeinsam neue Strukturen aufbauen. Aber das ist offen. Wir haben nicht vor, einzuladen mit einem perfekten Gerüst. Denn die Vorstellung, wie das gemeinsam weitergehen kann, das soll schon gemeinsam erarbeitet werden. Und das ganze wie gesagt nach den Haushaltsberatungen, also etwa im März.

Das Gespräch führten für das Kommunal-Info Roland Schuster und Thomas Trüper.

Betroffene fordern Rehabilitierung und warnen vor neuerlichem Demokratieabbau

30 Jahre Berufsverbot

Vor 30 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten „Radikalerlass“: Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem Öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Mithilfe der „Regelanfrage“ wurden etwa 3,5 Millionen Bewerber und Anwärter vom Verfassungsschutz auf ihre politische Zuverlässigkeit durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen. Formell richtete sich der Erlass gegen „Links- und Rechtsextremisten“, in der Praxis traf er vor allem Linke: Mitglieder der nicht verbotenen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und anderer linker Gruppierungen, von Friedensorganisationen bis hin zu SPD-nahen Studentenorganisationen. Mit dem verfassungsfremden Kampfbegriff der Verfassungsfeindlichkeit wurden missliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt, wurde die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfreiheit bedroht und bestraft.

Der Radikalerlass führte zum Berufsverbot für Tausende von Lehrern, Lehramtsbewerbern, Sozialarbeitern, Briefträgern, Lokführern und Juristen. Bis weit in die 80er Jahre vergiftete die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche „Radikale“ das politische Klima. Der Radikalerlass führte zur Einschüterung nicht nur der aktiven Linken. Die existentielle Bedrohung durch die Verweigerung des erlernten oder bereits ausgeübten Berufes diente der Unterdrückung und Einschüterung von außerparlamentarischen Bewegungen insge-

samt. Statt Zivilcourage wurde Duckmäuserum gefördert.

Erst Ende der 80er Jahre zogen sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenz aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten „Irrtum“ und schafften die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern ab. Einige der früher abgewiesenen oder entlassenen Anwärter oder Beamten wurden – meist als Angestellte – übernommen. Viele mussten sich, nach zermürbenden und jahrelangen Prozessen, beruflich anderweitig orientieren. Ein öffentliches Eingeständnis, dass der Radikalerlass Tausenden von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt hatte, unterblieb. Eine materielle, moralische und politische Rehabilitierung der Betroffenen fand nicht statt.

Eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik steht bis heute aus. Sie wäre heute dringlicher denn je. Die derzeit geschnürten „Sicherheitspakte“ beinhalten die Gefahr, dass erneut unter einem Vorwand – dieses Mal der Bekämpfung des Terrorismus – wesentliche demokratische Rechte eingeschränkt werden. Erneut können kritische Personen und Bewegungen ausgegrenzt und an den Rand der Legalität gedrängt werden.

Der Radikalerlass und die ihn stützende Rechtsprechung bleiben juristisches, politisches und menschliches Unrecht. Wir, Betroffene des Radikalerlasses der 70er und 80er Jahre, fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz, in Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitierung. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der Verfassungsschutzakten, wir verlangen die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

Januar 2002

Unterzeichner: Eckhard Althaus (Dortmund) – Sigrid Altherr-König (Esslingen) – Mario Berger (Gießen) – Cornelia Booss-Ziegling (Hannover) – Anton Brenner (Tübingen) – Hans-Peter Brenner (Bonn) – Reinhard Gebhardt (Mannheim) – Silvia Gingold (Melsungen) – Berthold Goergens

(Frankfurt) – Gesa Groeneveld (Tübingen) – Dr. Wolf-Dieter Gudopp (Frankfurt) – Rolf Günther (Hannover) – Hendrik Guzzoni (Freiburg) – Anke Hausmann (Nienburg) – Uwe Hüttmann (Kalkar) – Anne Kahn (Frankfurt) – Gisela Kehrer-Bleicher (Tübingen) – Alies Klüver (Westoverledingen) – Uwe Koopmann (Düsseldorf) – Joachim Kroll (Zernien) – Dieter Lachmayer (Stuttgart) – Heinz-Udo Lammers (Moormerland) – Dagmar Lembeck (Garbsen) – Lothar Letsche (Weinstadt/Tübingen) – Ewald Leppin (Hamburg) – Klaus Lipps (Baden-Baden) – Ulrike Marks (Varrel) – Klaus Mausner (Stuttgart) – Karin Neuber (Ettlingen) – Udo Paulus (Hildesheim) – Eva Petermann-Graubner (Bensheim) – Uwe Post (Hamburg) – Günter Rausch (Freiburg) – Hartmut Ring (Hamburg) – Irmelin Schachtschneider (Oldenburg) – Matthias Schachtschneider (Oldenburg) – Uwe Scheer (Hamburg) – Rolf Schön (Hannover) – Siegfried Schreiber (Vaihingen) – N. Ulgar Sembritszki (Neustadt/Rbg.) – Werner Siebler (Freiburg) – Heinz Siebold (Freiburg) – Dr. Gabriele Sprigath (München) – Ulli Thiel (Karlsruhe) – Dorothea Vogt (Jever) – Angelika Wagner (Frankfurt) – Angelika Wahl (Frankfurt) – Matthias Wietzer (Hannover) – Martin Zeis (Stuttgart)

www.berufsverbote.de

Buchvorstellung:

Widerstand und Verfolgung – der organisierte Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Südbaden

Das nationalsozialistische System war von totalitärem, menschenverachtendem Charakter. Es ist die Aufgabe, permanent vor diesem System zu warnen und aufzuklären. Umso mehr wundert es, dass bis heute nur sehr wenig über den Widerstand dagegen bekannt ist, wenn einzelne Städte und Gemeinden ins Blickfeld rücken. Weder sind WiderstandskämpferInnen öffentlich bekannt und gewürdigt, noch gibt es genügend Hintergrundwissen über ihre antifaschistischen Ziele und ihre Organisationen. Wurde zur Zeit des Kalten Krieges in der BRD bewusst der Mantel des Verschweigens über den antifaschistischen Widerstand gedeckt, hat sich seit dessen Ende daran nichts wesentliches verändert, trotz aufkeimenden verstärktem Rechtsradikalismus und Rassismus.

Dies ist mit einer der Gründe, dass sich der AK Widerstand und Arbeitergeschichte Waldkirch entschlossen hat eine zweite, erweiterte Auflage des Buches über den Widerstand aus der Arbeiterbewegung gegen die Nazis herauszugeben. Im Zuge der ersten Publizierung der Ergebnisse kamen Angehörige von WiderstandskämpferInnen auf uns zu und machten uns auf weitere wichtige Personen aufmerksam. Hinzu kamen neue Entdeckungen in Archiven. Das Ergebnis ist jetzt eine geschlossener Darstellung des Widerstandes mit dem Schwerpunkt auf der Region Freiburg.

Die Darstellung orientiert sich in drei



Teilen an den Phasen des Widerstandes.

Ausgehend von dem Widerstandsnetz der KPD, der „Reichskurierlinie“ auf der einen Seite und dem parallel agierenden Netzwerk der Sopade, zu dem der „Rote Schutzbund – Brigade Karl Liebknecht“ aus Freiburg gehörte, werden die Gruppen in den einzelnen Orten beschrieben. Zum „Roten Schutzbund“ gehörten mehrere Gruppen aus Freiburg, Emmendingen und Lahr, die im Gegensatz zur Stillhaltepolitik der Exil-SPD versuchten, aktiv mit Propagandaaktionen auf die Gefahr des Nationalsozialismus aufmerksam zu machen. Über 50 WiderstandskämpferInnen wurden allein von der NS-Justiz nach der Verhaftungswelle 1935/1936 angeklagt und abgeurteilt. An sie gibt es heute in Freiburg kaum noch Erinnerung.

Mitte der 30er Jahre hatte sich die NS-



KPD-Tarnschrift, Verbreitungsjahr, 1934

Herrschaft stabilisiert. Die Widerstandsnetze konnten sich nicht mehr halten. Es gab größere Verhaftungswellen durch die Gestapo. Viele WiderstandskämpferInnen, die nicht mehr ins Exil fliehen konnten, wurden in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gesteckt. Der zweite Teil des Buches zeigt die Verfolgungsgeschichte der AntifaschistInnen im Deutschen Reich und auch das Leben im Exil. Deutsche AntifaschistenInnen beteiligten sich an den Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg, wie auch am späteren Kampf bei den Widerstandsbewegungen der überfallenen Staaten. Eine besonders interessante Entwicklung hatte sich in Frankreich angebahnt. Dort wurde innerhalb der Résistance eine Organisation zur Propaganda unter den deutschen Besatzern geschaffen, die TA (Travail Allemand). Im Laufe des Befreiungskampfes gegen die Wehrmacht und die Nazis kämpften ca. 1000 deutsche AntifaschistInnen in der Résistance mit, Exilierte, ehemalige Spanienkämpfer und auch Wehrmachtssoldaten, die desertiert waren oder sich aus Überzeugung dem Widerstand anschlossen. Der Kampf

in der Résistance hatte so sein internationales Element und nicht zu Unrecht nehmen heute die AntifaschistInnen für sich in Anspruch, Ideen für ein einheitliches gerechtes Europa entwickelt zu haben.

Das Buch zeigt in einem dritten Block am Emmendinger und Waldkircher Beispiel noch einmal im Detail den Verfolgungsdruck, der auf den Menschen lastete, nachdem die Nazis an die Macht gekommen waren. Die Verbote von KPD, SPD und der freien Gewerkschaften, die Verfolgung von Menschen waren gesetzlich perfekt organisiert und zeigen, welche Gefahren in einem starken autoritären Staat liegen, der sich unter einem verbrecherischen Regime gegen die Freiheit entwickelt. Ergänzt wird die Darstellung um Interviews mit WiderstandskämpferInnen und Zeitzeugen. Der Spanienkämpfer Rudolf Sperandio berichtet über seinen gemeinsamen Kampf mit August Stöhr für die Spanische Republik in den Interbrigaden. Hedwig Schmid beschreibt die Geschichte ihres Vaters Johann Gass, der im „Roten Schutzbund“ der SPD in Emmendingen organisiert war. Inge Kaufmann beschreibt ihre Zeit in Freiburg, den Widerstand ihrer Familie und die Arbeit ihres Vaters in der „Reichskurierlinie“ der KPD und ihre Arbeit im antifaschistischen Ausschuss nach der Befreiung. Kurt Hälker und Hans Heisel, zwei ehemalige Wehrmachtssoldaten, die sich der Résistance angeschlossen hatten, berichten über den Widerstand und ihre Geschichte in Frankreich.

Das Buch ist gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung und kann daher zu einem Preis von 7 EUR sehr günstig erworben werden. *arb*

„Widerstand und Verfolgung – der organisierte Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Südbaden“ ISBN: 3-9805342-0-0 Preis: 7 EUR

Buchvorstellung

Alternatives zur Außenpolitik

Eine gebündelte Wortmeldung zubrisanten Themen unserer Tage

Von Klaus Hemmo

Experten aus der DDR waren nach deren Beitritt zur BRD in Bonn nicht gefragt, sieht man von einigen „Außenhändlern“ und einer Gruppe von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit einmal ab. „Zu staatsnah“ hieß es für die anderen, auch für die Experten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die Diplomaten. Sie wurden arbeitslos oder in die (gekürzte) Rente geschickt. Dieses „wertvolle Humankapital“, schreibt der letzte Außenminister und Ministerpräsident der DDR, Lothar de

Maizière, im Vorwort des Buches, „wurde ausgesgrenzt und verleumdet“. Doch die Ausgegrenzten resignierten nicht. Sie gründeten zu Beginn des Jahres 1990 den „Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V.“ – heute zählt er an die 300 Mitglieder – und „pflegen Ihr Handwerk weiter“, wie es der Herausgeber des Buches, Franz-Karl Hitze formuliert. Zur gleichen Zeit, da nach dem Ende des Kalten Krieges in der Bundesrepublik aus Steuermitteln oder von Stiftungen finanzierte Institute für Konflikt- oder Friedensforschung wie Pilze aus dem Boden schossen, entstand, zunächst kaum beachtet, – mit diesem Verein ein solches Institut auf ehrenamtlicher Basis. Und es blieb nicht bei seinen Diskussionsveranstaltungen zu außenpolitischen Problemen und zur Geschichte der DDR-Außenpolitik. Immer mehr seiner Mitglieder – Botschafter, Gesandte, Generalkonsuln a.D. – publizierten in Zeitungen und Fachzeitschriften oder wurden von den verschiedensten Institutionen als Referenten oder Berater verpflichtet, auch als OSZE-Beobachter in Krisengebieten. Allein die im Anhang des Buches enthaltene Liste der 29 von ihnen verfassten Bücher ist Beweis dafür, wie sehr ihre umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen öffentliches Interesse finden.

Nun also das dreißigste Buch, als Gemeinschaftswerk gewissermaßen: Vorträge, Artikel und Interviews zu wichtigen Themen unserer Zeit, die meisten im Sommer 2001 noch einmal bearbeitet und so auf den aktuellen Stand gebracht. Die Mehrzahl dieser Beiträge liefern ausschlussreiche Hintergrundinformationen zu den die politische Diskussion beherrschenden Ereignisse unserer Tage wie die verheerenden Terroranschläge vom 11. September, die in deren Schatten geratene, aber anhaltende Krise in Mazedonien und die jüngste Zuspitzung des Nahostkonflikts, dessen Lösung für den Erfolg des weltweiten Kampfes gegen den Terror von außerordentlicher Bedeutung ist. Das gilt vor allen für die ersten beiden Teile des Buches mit dem Essay von Prof. Dr. Siegfried Bock „Ist das Völkerrecht überhaupt noch gefragt?“; der kritischen Betrachtung der amerikanischen Außenpolitik von Dr. Hans Voß: „Ambitionen einer Supermacht“, dem Gespräch mit Arne Clemens Seifert: „Die OSZE und der Islam“; der Analyse von Peter Schubert: „Der albanische Faktor nach dem Kosovo-Krieg“; dem Interview mit Heinz-Dieter Winter „Hat der Frieden in Nahost noch eine Chance?“ und anderen Beiträgen. Wer nach den tieferen Ursachen mancher oft schwer zu verstehender internationaler Ereignisse fragt, findet in dieser Publikation Antworten, die mit großer Kompetenz gegeben werden.

Franz-Karl Hitze (Hg.) Alternatives zur Außenpolitik / Positionen – Potenzen – Potentiale; 236 S., br., Schkeuditzer Buchverlag 2001, 12,50 €

26. Januar, Zürich (Schweiz): Europäische Parallelkonferenz zum World Social Forum (Porto Alegre) „Das andere Davos“, VA: attac Schweiz. Kontakt: attac Schweiz, Peter Streckeisen, Tel.: +41/61/4812491, mobil: +41/79/7447587. Internet: <http://www.otherdavos.net>

23. Januar bis 15. März: Zukunftsdiskurse: Fünf Workshops. Die in den Gewerkschaften zur Zeit geführten Zukunftsdiskurse, die in der Zukunftsdebatte der IG Metall ein besonderes Forum gefunden haben, wollen Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall mit Unterstützung der ISA Consult in einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis vertiefen. In fünf Workshops werden zentrale Ergebnisse der Zukunftsstudien in zugespitzter Form zur Diskussion gestellt:

Workshop 1: Perspektiven industrieller Arbeit und industriennaher Dienstleistungen, 23.1., Frankfurt a.M., Novotel City West, Lise-Meitner-Str. 2; u.a. mit Gudrun Linne, Gerhard Bosch, Dieter Sauer, Michael Schumann

Workshop 2: Der globalen Wirtschaft einen Rahmen setzen, 1.2., Berlin, Hotel InterCity, Am Ostbahnhof 5: u.a. mit Frank Gerlach, Christoph Scherrer, Hans-Wolfgang Platzer, Ortrun Gauper, Ulrich Schöler • Workshop 3: Solidarität organisieren – Ausgrenzung verhindern – Sozialstaat erneuern, 8.2., Magdeburg, Hotel InterCity, Bahnhofstr. 69; u.a. mit Peter Senft, Erika Mezger, Jan Priebe, Alex Demirovic • Workshop 4: Arbeit und Leben – neue Arrangements für lebensweltliche Perspektiven, 21.2., Stuttgart, Hotel Steigenberger Graf Zeppelin, Arnulf-Klett Platz 7; u.a. mit Eckhard Hildebrandt, Andrea Maihofer, Stefanie Wahl, Katarina Spieß, Reinhard Bispinck • Workshop 5: Reformfähige Gewerkschaft, 15.3., Bochum, Hotel Holiday Inn, Massenbergstr. 19-21; u.a. mit Klaus Lang, Heide Pfarr, Wolfgang Pohl, Michael Fichter, Ulrich Zachert, Sigrid Koch-Baumgarten.

27. Januar, Fulda: Tagung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Tagesordnung: Linke Kritik und alternative Politik; Wirtschaftsstrategie in der Programmatik der Parteien; Ansätze in der politischen Bildungsarbeit. Beginn: 11.30 Uhr, Jugendbildungsstätte, Magdeburger Str. 69

31. Januar bis 5. Februar, Porto Alegre: Weltsozialforuminternationales globalisierungskritisches Treffen von Delegierten

aus NGO's, Netzwerken, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Infos unter: www.forumsocialmundial.org

1./2. Februar, München: Das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ruft zu *Protestaktionen gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München* auf: Kundgebung am 1.2., 17.00 Uhr Marienplatz anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus. 2.2., 12.00 Uhr: Demonstration zum Tagungsort, ab Marienplatz. Abends: Gegenkonferenz oder Großveranstaltung gegen die NATO-Kriegspolitik. Näheres später.

Kontakt: Bündnis gegen NATO-Sicherheitskonferenz, Tel. (089) 16 95 19, Fax (089) 1 68 94 15, E-Mail: smash_racism@hotmail.com

16. Februar, Herne: *Wirtschaftsdemokratie als alternative Wirtschaftspolitik.* 10.00-16.00 Uhr Seminar in Herne, Begegnungsstätte FALKEN-Haltestelle, 44628 Herne Horsthausen, Gneisenaustr. 16. Eine Veranstaltung mit Ulla Plener (Utopie kreativ, Berlin), Jürgen Klute (Sozialpfarrer, Herne) und Ulla Lötzer (MdB-PDS, Köln). Veranstalter: LINKS TRIFFT SICH, Herne in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. e-mail: BChrist315@aol.com

3. März 2002, Bayern: Kommunalwahlen

23./24. März, Fulda: Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

25.-28. Juli: Linke Sommerschule, bitte Termin vormerken

epf**EUROPEAN PEACE FORUM****Europäisches Friedensforum**

Liebe Friedensfreunde!

In der gemeinsamen Hoffnung auf ein friedlicheres Jahr 2002 und im Bewusstsein, dass noch größere Anstrengungen aller Friedenskräfte nötig sind, lädt Sie das Präsidium des Europäischen Friedensforums sehr herzlich zu der Konferenz

**Für eine europäische Friedensordnung –
Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO
(Arbeitstitel)**

ein. Zugleich rufen wir die Jugend Europas zu einem

Friedensmarathon

an historischer Stätte und zwei Jahre vor Olympia in Athen auf. Im Rahmen der Konferenz, auf der auch der offizielle Gründungsakt des Europäischen Friedensforums erfolgen soll, findet aus aktuellem Anlass des Prozesses in Den Haag ein wissenschaftliches Colloquium: *Die Kriege auf dem Balkan und der Fall Milosevic* statt.

Konferenz und Marathon finden an zwei Tagen in der Zeit vom 19. bis 26. Mai in Athen statt. Sie erhalten von uns mit einem nächsten Schreiben den genauen Termin, der noch weiterer Abstimmung mit den Organisatoren bedarf. Wir beabsichtigen von Deutschland aus mit einem Bus nach Athen zu fahren, wobei wir an zwei Tagen auch Besichtigungen und die Teilnahme an Veranstaltungen der griechischen Friedensbewegung, die für

den Mai besonders machtvoll geplant werden, beabsichtigen. Kostenvoranschlag folgt bei einer nächsten Mitteilung. Wer als Teilnehmer oder Referent Interesse hat, sollte uns das möglichst schon jetzt mitteilen, um eine gewisse Sicherheit bei der Busbestellung zu haben. Wir bitten um Mitteilung, wer beabsichtigt, Mitglied des Europäischen Friedensforums als Person oder Organisation zu werden. Jährlicher Mindestbeitrag 50 Euro. Wir bitten um Spenden, um die laufende Arbeit zu finanzieren. Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 Konto H. Semmelmann epf 2002463000

Für das Präsidium des Europäischen Friedensforums

Präsidenten: Paolo Pioppi, Nino-Pasti-Stiftung, Rom
Prof. Jazenko, Juristen für Bürgerrechte und Menschenwürde, Moskau
Boris Olejnik, Vizepräsident des Europarats, Schriftsteller, Kiev
Ken Coates, Russel-Foundation, London
Sekretäre: Elmar Schmähling, ehem. Admiral, Berlin
Prof. Nikos Fotiadis, Athen

Berlin, 20. Dezember 2001

Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums: Prof. Wolfgang Richter, Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., Berlin